

maldekstra #5

Globale Perspektiven von links: Das Auslandsjournal

September 2019

Feministische Internationale

Engagement für die 99 Prozent, Klassensolidarität,
Vielfalt der Organisationsformen – etwas Neues entsteht

Weltweit mischen sich Frauen in Kämpfe ein und initiieren Widerstand. Ein antikapitalistischer Feminismus ist denkbar geworden. Einer, der sich durch große Vielfalt auszeichnet, die nicht dazu führen muss, dass Abgrenzung oberstes Gebot ist. Stattdessen werden neue Formen des Widerstands probiert, Gemeinsamkeiten gesucht, ohne die Unterschiede kleinzureden, findet Vernetzung statt. Der Streik wird neu erfunden, nationale Grenzen werden überwunden, die Theorien gewinnen neue Tiefe, der Begriff der gesellschaftlichen Reproduktion findet Erweiterung, militanter Feminismus verbündet sich mit Diskurs.

Zugleich wächst der Widerstand gegen den Widerstand, werden mühsam errungene Fortschritte eingeholt, wird an einem Rollback gearbeitet. Die Feministische Internationale scheint ein Gebot der Stunde zu sein. Ein Anfang ist gemacht.

Frauenstreik Kollektiv Zürich



Inhalt

- 3 Also ja: Wir greifen nach den Sternen** Alex Wischniewski über die Chancen für eine Feministische Internationale
- 7 Feministische Kapitalismuskritiken** Traditionsreiche Forschung, kluge Analysen
- 8 Ein kurzer, ein sehr kurzer Frühling** Vor über 100 Jahren wurde die Sozialistische Internationale der Frauen gegründet
- 9 Das Recht, „Nein“ zu sagen** Klimagerechtigkeit – Naturverhältnisse – Geschlechtergerechtigkeit
- 11 Große Zugkraft** Streik ist ein machtvolles Mittel, wie der Kampf für reproduktive Gerechtigkeit in den USA zeigt
- 15 Where is the love?** Über den feministischen Streik als klassenpolitisches Training
- 17 Jung, selbstorganisiert, vernetzend** Die Rural Women's Assembly
- 18 Angriff auf Selbstbestimmung** Weltweit finden Angriffe auf Menschen- und Sozialrechte auf Frauen statt. Auch in Kroatien
- 20 An einer Weggabelung** Ein antikapitalistischer Feminismus ist heute denkbar geworden
- 21 Es geht hier nicht um Romantik** Auch in den Kämpfen um Ernährungssouveränität spielt Geschlechtergerechtigkeit eine tragende Rolle
- 22 Brasiliens Frauen sind die Säulen der Gesellschaft** Die brasilianische Krimiautorin Patricia Melo über Machismus, Frauenstärke und finstere politische Zeiten

Impressum

maldekstra wird herausgegeben von der common Verlagsgenossenschaft e.G., Franz-Mehring-Platz 1 10243 Berlin, in Kooperation mit der ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

Beirat Hana Pfennig, Boris Kanzleiter
Redaktion Julia Funcke (Korrektur), Kathrin Gerlof, Anne Schindler, Tom Strohschneider (V.i.S.d.P.)
Gestaltung Michael Pickardt
Kontakt Tel. 030.2978.4678 kontakt@common.berlin

Druck BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH, Am Wasserwerk 11, 10365 Berlin

Druckauflage 65.000

„maldekstra“ steht für „links“ in der Weltsprache Esperanto.

„maldekstra“ kann kostenfrei bezogen werden über bestellung.rosalux.de

„maldekstra“ wird finanziert aus Mitteln des Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Eine Suchbewegung

Materialistischer Feminismus begreift soziale Bedingungen als konstruiert hergestellt durch Austauschbeziehungen und Bedeutungsbeschreibungen, nicht durch individuelles Handeln, schrieben Friederike Beier, Lisa Yashodhara Haller und Lea Haneberg 2018 in ihrer Vorrede zu dem Buch „materializing feminism“. Daraus wächst die schöne Erkenntnis, dass Gesellschaft veränderbar ist. Vorausgesetzt, man benennt die Bedingungen, „unter denen sich Subjekte jenseits gesellschaftlicher Hierarchien und sozialer Platzanweisungen zusammenschließen können, um Gesellschaft zu gestalten“.

Es ist mehr als ein Raunen oder lautes Rufen im Wald, dass eine internationale feministische Bewegung im Entstehen ist, der die Kraft innewohnen kann, eine Internationale zu werden. Eine feministische Internationale. Woran sich das festmachen lässt, worin es begründet ist, damit befasst sich diese Ausgabe. Das Schöne und zugleich Schwierige liegt in der Tatsache, dass wir von Feminismen reden müssen anstatt von Feminismus. Es geht nicht um Facetten. Stattdessen sind die Verhältnisse, denen wir zwar weltweit und in Abstufungen und Ausformungen der jeweiligen demokratischen oder undemokratischen Formen das Etikett Kapitalismus verpassen können, dennoch so divers, dass auch die Kämpfe der Geschlechter von ganz unterschiedlichen Ausgangslagen und sehr verschiedenen Zielen geprägt sind. Sein müssen. Allein dafür eine Begrifflichkeit zu finden, ist schwierig und wirkt auf den ersten Blick oft schwerfällig. Aber notwendig ist es auch. Queerfeministisch, intersektional, LGBTIQ* – es ist eine Suchbewegung, der vor allem der Wille innewohnt, nicht auszuschließen, sondern einzubinden, nicht abzugrenzen, sondern Grenzen aufzulösen (wobei Abgrenzung gegenüber erstarkenden Gegenbewegungen, die einen Kulturkampf gegen alle „abweichenden“ Formen des Zusammenlebens und der Selbstbestimmung führen, nottut und stattfindet).

Die Feministische Internationale im Entstehen nimmt die ökonomischen Verhältnisse, die Reproduktionsbedingungen und Produktionsverhältnisse in den Fokus und findet gegenwärtig Bewegungsformen – von denen der feministische Streik eine der stärksten ist –, denen eine große Kraft innewohnt und die geeignet sind, die Seminar- und diskursiven Rückzugsräume zu verlassen. Besser noch: Sie sind geeignet, das Diskutieren mit dem Handeln zu verbinden.

Die profeministische Auseinandersetzung mit dem Kapitalismus ist nicht aus dem Nichts entstanden. Sie hat eine große Tradition und kann auf viele kluge Vordenker*innen und Kämpfer*innen verweisen, was wir in dieser Ausgabe exemplarisch mit den Rebellinnen und Ikonen, wie der Künstlerin Navid Thürauf seine nach Fotos entstandenen Charakterstudien bezeichnet, zeigen. Gescheiterte Versuche wie die 1907 gegründete Sozialistische Fraueninternationale inbegriffen. Nichts war umsonst. Aber wahr ist auch: Immer gab es starke Gegenbewegungen und darum ist viel Blut geflossen, sind viele Kämpfe verloren worden.

Es gehe gegenwärtig darum, schreibt Brigitte Aulenbacher in „Feministische Kapitalismuskritik“ (Verlag Westfälisches Dampfboot, 2. Auflage, 2018), „diejenigen Herrschaftslogiken und -verhältnisse freizulegen, die dem Kapitalismus im Rahmen seiner Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte im Kontext der europäischen Moderne eingeschrieben worden sind und ihn prägen“. Was zugleich bedeutet, sich von der Arroganz des europäischen Blicks zu lösen und von jenen zu lernen, die in ganz anderen und letztlich doch ähnlichen Welten Kämpfe führen und Gesellschaftsanalyse betreiben. Und das – dies darf nicht verschwiegen werden – unter Bedingungen, die es notwendig erscheinen lassen, an Tempo zuzulegen, bevor vieles oder alles um die Ohren fliegt. Kathrin Gerlof

Agenda

FemFest – groß, nicht artig Organisiert gemeinsam mit dem Netzwerk Care Revolution und anderen Initiativen, findet vom 12. bis 15. September 2019 in der Zeche Zollverein Essen ein Festival für eine Internationale in Bewegung, „Feminist Futures“ der Rosa-Luxemburg-Stiftung, statt. „Die Proteste der letzten Jahre haben Beschränkungen eines liberalen Feminismus überschritten, indem sie eine grundlegende Kritik an kapitalistischen Verhältnissen üben, und sie haben es gleichzeitig geschafft, damit Hunderttausende anzusprechen, die bisher nicht links aktiv waren“, heißt es in der Ankündigung. Das ist eine Feststellung und eine Ermutigung – Gegenwartsbeschreibung und Erwartung. Denn mit dem Erstarken feministischer Bewegungen ist die Zeit auch geprägt von umfangreichen Bemühungen, Frauen den Mund zu verbieten, die Stimme zu nehmen, ihnen Platzverweise zu erteilen und sie im Zweifelsfall für ihr Engagement oder einfach nur wegen ihres Frau-Seins umzubringen. Queer ist eines der großen Feindbilder erstarkender rechter, autoritärer, rassistischer Bewegungen weltweit.

Die Proteste der Gegenwart seien erste, große Schritte hin zu einem wirklich intersektionalen, internationalen Feminismus. Ein kraftvolles Bündnis werde gebraucht, und das Festival soll daran mitarbeiten. Dafür nutzt die Rosa-Luxemburg-Stiftung die bereits bestehenden Kontakte und die Zusammenarbeit mit queerfeministischen Partner*innen und Initiativen. Weltweit kämpfen Frauen gegen schlechte Arbeitsbedingungen, Gewalt und Rassismus, gegen Umweltzerstörung, für soziale Gerechtigkeit und gute Lebensbedingungen. Das FemFest wird sich in mehr als 90 Workshops mit Referent*innen aus aller Welt, mit großen Veranstaltungen und in kleineren Runden mit all den damit zusammenhängenden Themen befassen. Und feiern, dass etwas Neues anfängt. feministfutures.de



Kundgebung der Frauenbewegung Gulabi Bande, die Frauen in rosa Sari kämpfen gegen Gewalt gegen Frauen.

Joerg Boethling / Alamy Stock Photo

Also ja: Wir greifen nach den Sternen

Alex Wischniewski über die Chancen für eine Feministische Internationale, als Ziel und zugleich als Bewegung wohin, vor allem aber als gegenwärtig möglicherweise stärkste Kraft überhaupt

Es gibt viele gute Gründe, sich mit dem Thema Feministische Internationale zu beschäftigen, darüber nachzudenken und zu diskutieren. Welche nennst du? Es gibt sehr viele starke und selbstbewusste feministische Ansätze. Überall auf der Welt. Das hat dafür gesorgt, dass der Feminismus auf die Tagesordnung kommt. Es wurde und wird viel versucht, ihn kleinzuhalten, unsichtbar zu machen. Das ist, angesichts der Bewegungen und Kämpfe weltweit, aber einfach nicht mehr möglich. Auch die Flucht- und Migrationsbewegungen drängen auf einen neuen Internationalismus, der feministisch sein muss. Ich denke, dass feministische Bewegungen Antworten auf viele drängende Fragen geben. Sie gehen sehr weit über die sogenannten klassischen Frauenthemen hinaus. So ist etwa auch die „Fridays for Future“-Bewegung eindeutig eine feministische.

Aber wenn wir über eine Feministische Internationale reden, klingt es, als griffen wir nach den Sternen. Natürlich greifen wir nach den Sternen. Und das sollten wir auch tun. Es gibt gerade sehr großes Potenzial dafür, das ist aber kein Selbstläufer. Viele Herausforderungen sind global. Und auch wenn sie national unterschiedlich ausgeprägt sind, müssen die Antworten, die wir geben, auch global sein. Gerade stehen die gegenseitige Inspiration und das solidarische Aufeinander-Bezug-Nehmen zwischen

den Bewegungen im Vordergrund. Voneinander zu wissen und zu lernen. Aber es gibt auch eine Suchbewegung nach etwas, das darüber hinausgeht. Da sind wir dran.

Wenn du das schöne Wort „wir“ benutzt, wer ist „wir“? Es geht um Feminist*innen, angeführt von Frauen, die alle Verhältnisse umwerfen wollen, in denen der Mensch ein geknechtetes Wesen ist – wie Marx das gesagt hat. Das ist die Leitlinie. Davon rede ich, wenn ich „wir“ sage. Und dann gibt es natürlich auch „wir“ als Anrufung. Aber feministische Bewegungen müssen eine Balance finden zwischen dem Wunsch, möglichst schnell zu vereinheitlichen, um schlagkräftig zu sein, und den schmerzvollen Erfahrungen, die das oft bewirkt hat. Was zum Beispiel die schwarze Frauenbewegung oder trans-feminine Bewegungen gebracht haben, die ganze Debatte über Intersektionalität, sagt: Unsere Positionen sind unterschiedlich.

Kannst du das beispielhaft erklären?

Rassismus und andere Ideologien bestimmen unsere Betroffenheiten und Handlungsmöglichkeiten ebenso. Nehmen wir weiße Frauen, die gegen häusliche Gewalt aufstehen und kämpfen. Da haben schwarze Frauen in den 70er und 80er Jahren gesagt: Wir können das gar nicht öffentlich



Alex Wischniewski arbeitet für die Rosa-Luxemburg-Stiftung zu transnationalen feministischen Bewegungen. Sie hat das Netzwerk Care Revolution und die Plattform #keinemehr mitgegründet und war Mit-Organisatorin des Frauen*streiks am 8. März 2019. Mit ihr sprachen Kathrin Gerlof und Anne Schindler.

Wir haben historischen Grund, auf dem wir bauen können. Aber wir suchen nach etwas Neuem.

thematizieren. Unsere Männer sind ohnehin so kriminalisiert, dass wir nicht einfach rumlaufen und erklären können, die schlagen uns. Das würde rassistisch aufgeladen werden und deshalb nicht unserer Sicherheit dienen. Das heißt, unsere Ausgangslagen sind nicht von Beginn an die gleichen. Und das hat Folgen für die politische Strategie. Aber wir sollten trotzdem versuchen, darauf hinzuwirken, Gemeinsamkeiten zu finden, Allianzen zu gründen, wirklich solidarisch zu sein, das ist notwendig. Um nicht vereinzelte Identitäten voneinander abzugrenzen. Diese Debatten werden heute in vielen feministischen Bewegungen geführt. Anders geht es auch nicht.

Das verlangt eine sehr große Offenheit. Viel mehr, als wenn wir jetzt schon genau sagen könnten: Das ist es, was wir wollen, da müssen wir hin, das ist das Ziel. Siehst du diese Offenheit in den Bewegungen?

Es ist ja ein feministischer Anspruch, genau diese Offenheit zu haben und mitzutragen. Ich denke, die Art und Weise, wie man Politik macht, ist eine Frage von Feminismus.

Was meinst du damit?

Es gibt diese Debatte über Feminisierung der Politik, die dreht sich darum, wie zugänglich unsere Strukturen und Prozesse sind, wie wir miteinander reden, wie verschiedene Anliegen ernst genommen, wie Hierarchien abgebaut werden können. Daran mache ich das fest. Da reden ja nicht mehr Frauen unter sich, das wird in politischen Beteiligungsprozessen mit vielen ausgehandelt. Deshalb sind feministische Bewegungen auch so stark. Natürlich gibt es Grenzen. Auch innerhalb der Bewegungen.

Wann ist dir das letzte Mal genau diese Offenheit, von der du redest, begegnet? Woran machst du diesen Optimismus, dass sie da ist, fest?

Bei der Organisation des feministischen Streiks hier in Deutschland. Da ging und geht es in der Debatte darum: Brauchen wir eine Forderung oder vielleicht drei Forderungen, die wir alle vertreten? Und es ist schnell klar geworden, dass es so nicht geht. Unsere Fragen sind einfach zu unterschiedlich. Und es ist gut, dass das nicht nur postuliert wird, sondern dass wir darüber diskutieren. Die einen sagen, es geht um bessere Löhne in der Pflege, die anderen, es geht erst einmal darum, dass sie überhaupt arbeiten dürfen. Da einander zu verstehen und klarzumachen: Das hängt alles zusammen, wir gehören trotzdem zusammen, weil es immer um alle Verhältnisse geht. Das hat dazu geführt, dass es eine sehr lange Liste an Forderungen gab. Was dann andere nicht verstanden haben, also wurde weiterdiskutiert.

Im September wird die Stiftung ein internationales feministisches Vernetzungstreffen, ein Festival, in Essen veranstalten. Auch das ein Versuch, in einer möglichst großen Breite über feministische Themen zu reden – sozusagen ohne Netz und doppelten Boden.

Unser Wunsch ist, eine Balance zwischen Breite und Zuspitzung hinzubekommen. Auch zu sagen: Es ist heute schon sehr viel in Bewegung, aber

oft unverbunden. Und wir brauchen Zeit, um uns kennenzulernen, einander zuzuhören und nicht gleich mit vermeintlichen Lösungen zu kommen. Misstrauen muss abgebaut werden. Es ist ja nicht so, dass Feminist*innen sich aus Lust und Tollerei voneinander abgrenzen wollen.

Der Kapitalismus produziert jeden Tag Spaltungen. Auf welche Schule wir gehen, in welchen Gruppen wir uns bewegen, welches Vokabular wir benutzen, ob wir Armutserfahrung machen müssen oder nicht ... Deshalb besteht auch Misstrauen. Die Menschen sind in so verschiedenen Welten unterwegs, und das System sorgt dafür, dass die meisten ihre Welt kaum verlassen, ihr nicht entkommen können. Deshalb wollen wir auch ein Festival machen, keine Konferenz. Festival ist mehr Begegnung. Unser Wunsch ist, dadurch an starken Bündnissen zu bauen, um letztlich die Kräfteverhältnisse zu verschieben.

Der Begriff „Internationale“ ist schön belegt, weil er den Internationalismus beinhaltet. Zugleich steckt da auch das Institutionalisierte drin. Ist das vielleicht doch zu schnell, jetzt schon über eine Feministische Internationale zu reden?

Ich finde es wichtig, eine Perspektive zu haben. Deshalb sollten wir auch von einer Feministischen Internationale sprechen. Als Bewegung wohin. Im Werden also. Gleichzeitig schließen wir ja an eine historische Entwicklung an, ohne die wir nicht hier wären, wo wir sind. Auch wenn die Sozialistische Fraueninternationale nicht den feministischen Anspruch einlösen konnte, den ich heute formuliere. Wir haben historischen Grund, auf dem wir bauen können. Aber wir suchen nach etwas Neuem.

Wichtig ist, zu sagen, dass wir nicht mehr ganz am Anfang stehen, aber noch nicht angekommen sind in einer, bei einer Feministischen Internationale.

Kommen wir noch mal zur Streikbewegung. Ist das eine neue Qualität?

Ja. Weil es den Debatten über den Arbeitsbegriff und über die Verschränkung verschiedener Unterdrückungsverhältnisse eine Praxis gibt. Zusammenhänge offenlegt und unmittelbar erfahrbar macht. Es ist ja nicht von Beginn an eindeutig, was ein feministischer Streik ist. Wo und wie wir arbeiten und tätig sind, bezahlt und nicht bezahlt. Die Formen, die wir unserem Streik dann jeweils geben werden, sind andere. Es gibt keine vorgefertigten Antworten. Das ist ein gemeinsamer Lernprozess. Die Streikbewegung bringt gesellschaftliche Verhältnisse und Arbeitsbedingungen in Verbindung zueinander. Der Streik spricht die ganze Person an. Es hat in Argentinien nicht von ungefähr mit dem Thema Gewalt angefangen. In Polen fand der erste Streik gegen die Einschränkung des Abtreibungsrechts statt. Solche Streiks zeigen auf, dass die Arbeitsverhältnisse sehr eng verbunden sind mit der Abwertung weiblich gelebter Menschen. Das System braucht abgewertete Menschen, die dann ihnen zugewiesene Aufgaben übernehmen.

Sonst bricht es zusammen. Die Streiks machen das deutlich: durch ihre thematische Vielfalt, die Vielfalt der Gründe und Formen, zu streiken.



Ägyptische Frauen protestieren gegen die Auswirkungen des Sisi-Regimes auf die Rechte und das Leben der Frauen in Ägypten.

Michael Kemp / Alamy Stock Photo

Damit wird der Streik auch erweitert, er ist nicht mehr nur Arbeitskampf, sondern viel mehr. Das ist eine andere Qualität, aber wichtig ist die Verbindung. Es geht nicht darum, eine Blockade zu machen gegen Gewalt, um innezuhalten und zu stören. Es ist das Instrument der Arbeiter*innenklasse. Jetzt wird es ausgeweitet auf die nicht bezahlten Sorge- und Hausarbeiten. Und auf die gesellschaftlichen Bedingungen. Trotzdem ein ökonomisches Innehalten sozusagen, um unsere Ausbeutung und Abwertung innerhalb eines Systems zu thematisieren. Um das Funktionieren dieses Systems aufzuhalten. Es ist ein klassenpolitisches Projekt, das eine enorme Energie freigesetzt hat.

Sind wir am Anfang oder mittendrin?

Das ist unterschiedlich. In Lateinamerika ist man ganz woanders. In Argentinien ist die Frauenbewegung gegenwärtig die größte, radikalste und aktivste antikapitalistische Bewegung. Sie können aber nur so stark sein, weil sie auf einer jahrzehntelangen Organisationsarbeit aufbauen. Zum 33. bundesweiten Frauentreffen letztes Jahr kamen 70.000 Frauen. Da sind wir in Deutschland nicht, obwohl auch hier feministische Bewegungen stärker geworden sind. Aber wir kommen hier jetzt nach 30 Jahren institutionalisiertem Feminismus erst wieder in die Gänge und auf die Straße. Und müssen vergessene Erfahrungen ausgraben. Was bis vor Kurzem wenige wussten: 1994 gab es schon einmal einen Frauenstreik in Deutschland.

Die Zuspitzungen der Gegenwart in überlebenswichtigen Bereichen, wie Klima, Rettung des Ökosystems, die Umwälzungen in der Arbeitswelt und das gleichzeitige Erstarren feministischer Bewegungen sind ein augenfälliger Zusammenhang. Stimmt der so auch oder wünschen wir uns das?

Der Zusammenhang ist auf jeden Fall da. Die Probleme sind ja nicht erst seit gestern benannt, jetzt spitzen sie sich zu, das ist richtig. Frauen sind zuständig dafür, die Lücken zu füllen, die der Kapitalismus reißt, wenn wir nur an Care-Arbeit denken, die sozusagen viele Bereiche füllt, die für die Existenz von Gesellschaften lebensnotwendig sind. In sehr vielen Ländern gewinnen rechte Kräfte an Einfluss und bedrohen Personen, die nicht weiß und männlich sind. Und dagegen wehren sich gerade hauptsächlich Frauen. In Brasilien etwa ist die Bewegung schwarzer Frauen eine ungemeine Kraft, aber unter großem Risiko. In diesem Aufstehen liegt etwas Neues, ein neues Selbstbewusstsein, die Anerkennung der eigenen Macht. Das Wissen umeinander, auch über Ländergrenzen und Kontinente hinweg, ist sehr wichtig.

Sind es vor allem Abwehrkämpfe?

Es ist falsch, das so zu sehen. Ja, in Polen war der Kampf gegen die Verschärfung des Abtreibungsrechts auf den ersten Blick ein Abwehrkampf. Aber in Argentinien wird für ein neues Recht gestritten. Das wiederum ist möglich und deshalb so stark,

Das Wissen umeinander, auch über Ländergrenzen hinweg, ist sehr wichtig.

weil es vorher die Streikbewegung gegen Femizide gegeben hat, also gegen Angriffe auf weibliches Leben. Und auch in Polen wurden Netzwerke dadurch angestoßen. Die Frage ist doch, was aus den Kämpfen vorangetrieben wird, in welches Projekt sie eingebunden sind.

Vieles, was wir heute beobachten, sind auch Abwehrkämpfe des Patriarchats gegen einen erstarkenden Feminismus.

Versuchen wir an dieser Stelle mal, uns dem sperrigen Begriff der Intersektionalität zu nähern. Eine Mode? Notwendig? Neue Qualität?

Er ist absolut notwendig. Aber es ist wichtig, sich vor Augen zu führen, in welchem Kontext er entstanden ist. Kimberlé Crenshaw hat sich Ende der 80er Jahre eine Straßenkreuzung vorgestellt, an der sich Machtwege kreuzen. Daher der Begriff. Sie hat beschrieben, wie sich dadurch, dass ein Mensch mehrfach diskriminiert sein kann, ganz eigene Formen der Betroffenheit ergeben. Es geht also nicht nur um eine Addition von Diskriminierungen. Intersektionalität stellt erst einmal nur die Frage nach den blinden Flecken. Wer fällt wann und warum raus? Nicht gut finde ich, wenn damit lauter immer enger gefasste Identitäten festgeschrieben werden. Dann werden mit diesem Begriff Spaltungen aufgemacht. Es geht aber genau um das Gegenteil. Blinde Flecken erkennen und in einer gemeinsamen Strategie berücksichtigen. Das ist wichtig, das bringt uns voran.

Patriarchat und Kapitalismus werden oft als zwei unabhängig voneinander existierende Formen der Frauenunterdrückung betrachtet, von denen man nicht sagen kann: Wenn das eine weg ist, hat sich auch das andere erledigt. Und es klingt logisch, denn wir wissen, das Patriarchat ist

älter als der Kapitalismus und hat sein Dasein auch im real existierenden Sozialismus gut gefristet. Trotzdem scheint es gegenwärtig richtig, die beiden Begriffe „Patriarchat“ und „Kapitalismus“ zusammenzudenken.

Das stimmt, und das meine ich mit klassenpolitischem Feminismus. Die ganzen Debatten um Care und Care Revolution spiegeln das wider. Eine Kritik an der geschlechtlichen Zuteilung und Abwertung von Tätigkeiten, auf denen der Kapitalismus aber beruht, die so nur durch das Patriarchat möglich ist. Aber die Lösung kann ganz offensichtlich nicht sein, jetzt einfach alle Sorgetätigkeiten zu Dienstleistungen zu machen. Auch weil sie sich einer Profitsteigerung versperren. Care kann nur bedingt effizienter gemacht werden. Ein Kind wird einfach nicht schneller erzogen werden können. Das macht die Dienstleistungen häufig teuer und nur Besserverdienenden zugänglich. Manche lagern die Sorge auch an migrantische, sozial marginalisierte Frauen aus. Auch das muss ein klassenpolitischer Feminismus in den Blick nehmen. Es kann auch keine Lösung sein, alle Menschen in Vollbeschäftigung auszubeuten. „Sklaverei am Fließband ist nicht die Emanzipation von Sklaverei am Spülbecken“, so hat die italienische Feministin Mariarosa Dalla Costa es beschrieben.

Wenn wir heute überlegen, wie wir Verhältnisse umstoßen wollen, müssen wir über einen ganz spezifischen Kapitalismus reden. Der hat sich natürlich auch eine bestimmte Diversität einverleibt, schlägt daraus Kapital, hat sie marktförmig gemacht. Dadurch hat sich auch das Patriarchat verändert, auch wenn es natürlich nicht verschwunden ist. Eine feministische Ökonomiekritik und ein klassenpolitischer Feminismus auf der Höhe der Zeit, das brauchen wir. Auch, um uns nicht zu verrennen und zu verzetteln.

Spontan entstanden, schnell groß geworden – und wie weiter?

Seit Ewigkeiten wurden Frauen in Indien davon abgehalten, den Sabarimala-Tempel zu betreten, einen der heiligsten Orte der Hindus. Es war lange ein informelles Verbot, 1972 wurde es zum Gesetz erhoben. Begründet mit dem Argument, dass die Menstruation unrein sei. Eine uralte, fest im Glauben und in seinen gelebten Formen verankerte Diskriminierung. Mädchen und Frauen im Alter zwischen 10 und 50 Jahren wurde gesagt, dass der Tempel für sie verbotenes Gelände sei. Dann entschied im September 2018 das Oberste Gericht nach einem Jahre dauernden Rechtsstreit, dass Frauen den Tempel doch betreten dürfen. Das war für viele Frauengruppen ein großer Erfolg. Nicht wenige entschieden, das ihnen zugestandene Recht in Anspruch zu nehmen. Ihnen schlugen Proteste entgegen. Aggressive Proteste. Sie wurden körperlich und verbal angegriffen, weil sie ihrem Gott Ayyappan Respekt zollen wollten. Im Oktober 2018 kam es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen mit der Polizei.

Mehr als fünf Millionen Frauen protestierten im links regierten Bundesstaat Kerala für Gleichheit, für gleiches Recht. Sie versammelten sich auf nationalen Autobahnen, sie organisierten sich, sie waren solidarisch miteinander, sie waren und wurden eine Macht, unterstützt von der Regierung ihres Bundesstaates. Kilometerlange Menschenketten quer durch den Bundesstaat machten klar: Die Frauen würden sich das ihnen zugestandene Recht erkämpfen. So entstand ein Netzwerk, so fanden die Proteste den Weg in andere Großstäd-

te. Es war, wie Frauenrechtlerinnen, Feministinnen des Landes es bewerten, ein spontaner Moment großer Solidarität, von dem man jetzt noch nicht sagen kann, ob daraus Bewegungen und Organisation entstehen können. Es ging um ein konkretes Ziel, das wurde erreicht. Die große Solidarisierungswelle, die vielen an den Protesten Beteiligten führte dazu, dass in dieser einen Frage ein Bewusstseinswechsel stattfand.

Im Mai 2019 fanden Wahlen statt, die Linke musste in Kerala eine große Niederlage einstecken. Die hindunationalistische Volkspartei BJP erklärte, das Urteil des Obersten Gerichts sei ein Angriff auf hinduistische Werte, begründete dies unter anderem damit, dass der Gott Ayyappan, dem der Schrein im Tempel gewidmet ist, ja das Zölibat geschworen habe und es deshalb nicht richtig sei, wenn Frauen den Tempel betreten.

Nun ist die Frage, ob aus der machtvollen und großen Bewegung etwas entstehen kann, was über diesen Kampf, der sich auf eine Forderung konzentrierte, hinausgeht. Arbeit, Landwirtschaft, soziale Transformation, es gibt viele Bereiche, in denen Frauen in Indien benachteiligt sind, Vernetzung, Organisation gut wären, wenn sich daran etwas ändern soll. Die Bedingungen dafür sind seit Mai 2019 schwieriger geworden. Die Erfahrung jedoch, wie schnell eine Bewegung stark werden und eine Welle der Solidarität hervorrufen kann, lässt sich nicht mehr kleinreden und wegdenken. *Anne Schindler und Neha Naqvi*

Frauenprotest vor dem Ministry of Economy, Trade and Industry in Tokio, Japan



Damon Coulter / Alamy Stock Photo

Feministische Kapitalismuskritiken

Traditionsreiche Forschung, diverse gesellschaftsanalytische Zugänge, kluge Analysen.

Von Kathrin Gerlof

Es ist ein Kulturkampf, zumindest der Form nach, dieses wiedererstarkende Beharren auf biologischen Grundlagen des Geschlechts und der sexuellen Orientierung. Die Überlagerung und Verschränkung ökonomischer, sozialer und kultureller Vermachtung, die Angriffe auf Feminismus und Antidiskriminierungspolitiken, die Einverständniserklärungen konservativer und rechter Lager weltweit, die neoliberalen Umbaustراتيجien und damit einhergehenden heteronormativen Vorgaben.

Es ist ein ökonomischer Kampf, den ein System führt, das sich ohne Ausbeutung und Hierarchisierung, ohne den Versuch, alles in warenförmige Beziehungen zu pressen, nicht denken lässt und das – nützte es ihm nur ausreichend – auch die Gleichstellung der Geschlechter propagieren würde, dies ökonomisch aber nicht vertreten kann, denn auch unter den Ausgebeuteten braucht es Unterscheidungen und Hierarchien. Sonst tun sie sich zusammen. Die Aneignung fremder Arbeit erfordert einen großen Sektor unbezahlter Arbeit, der die Reproduktion ermöglicht.

2015 schrieben Brigitte Aulenbacher, Birgit Riegraf und Susanne Völker in dem Buch „Feministische Kapitalismuskritik“, es sei besser, in diesem Zusammenhang von Kritiken zu reden, denn es gebe verschiedene gesellschaftsanalytische Zugänge und Betrachtungsweisen, die sich teilweise kritisch aufeinander bezögen. Es ginge um ökologische, ökonomische, politische, soziale und kulturelle Fragen. Im Zentrum stünden die Untersuchung des Kapitalismus als Herrschaftszusammenhang und Unterordnung des Lebens, die Gerechtigkeit, Arbeit und soziale Ungleichheiten der Gegenwart, feministische Wachstumskritik.

2018 legten Katharina Pühl und Birgit Sauer den Band „Kapitalistische Gesellschaftsanalyse: queer-feministische Positionen“ vor, in dem sie mahnen, dass die Zusammenhänge von Leben, Arbeit, Sorge/Care und Zeitverwendung völlig anders gedacht, organisiert werden müssen, soll sich etwas an

den schon immer kritisierten Parametern der kapitalistisch-verwertenden Produktionsweise ändern. Die Frage sei, „wie gesellschaftlich die Abgrenzung oder vielmehr notwendige Einbeziehung von Mensch, Natur und Ökologie in ein erweitertes Verständnis von Materialität eingehen“.

Die Vielzahl der Herrschaftspraktiken zu betrachten, ist eine große Herausforderung.

Seit 2012 arbeitet in der Rosa-Luxemburg-Stiftung der Arbeitskreis „Gender & Kapitalismusanalyse“, in dem darum gerungen wird, poststrukturalistische bzw. dekonstruktivistische Analysen mit marxistisch-materialistischen Analysen zu verbinden, statt sie zu Gegenspielerinnen zu erklären. Das ist ein großes Unterfangen, dem unter anderem die

Frage innewohnt, ob eine marxistische Kapitalismuskritik überhaupt denkbar scheint, wenn sie nicht zugleich feministisch ist.

Zu schnell sollte Zustimmung nicht erfolgen, denn daraus ließe sich – und davor sind linke Debatten gewiss nicht gefeit – sofort die

Frage ableiten, ob es nicht ganz und gar überflüssig sei, sich aus queerfeministischer Sicht mit der Analyse und Kritik des Kapitalismus zu befassen, quasi ein Unterpunkt, eine Parenthese, auf die man auch verzichten könnte.

In den Kulturen der Welt seien die Mechanismen dafür, Frauen zum Schweigen zu bringen oder zu verhindern, dass sie ernst genommen werden, tief verwurzelt, schreibt Mary Beard in „Frauen & Macht“. Sie haben auch eine lange Tradition.

„Du aber“, sagte Telemachos, der Sohn des Odysseus und der Penelope, zu seiner Mutter, „gehe ins Haus und besorge die eigenen Geschäfte ... die Rede ist Sache der Männer.“ Diese Zurechtweisung wiederhole sich im 21. Jahrhundert noch allzu oft, stellt Beard fest. Recht hat sie.

Es ist den feministischen Kapitalismuskritiken zu verdanken, dass in den vergangenen Jahrzehnten, wie Alex Demirović schreibt,

eine starke Verschiebung von der Frage nach der Autonomie von Überbauten wie Staat, Recht, Familie oder Religion und ihrer Funktion in der kapitalistischen Gesellschaftsformation hin zur „intersektionellen Analyse heterogener Diskriminierungspraktiken und Herrschaftsformen unter den Namen Klasse, Nation, Rasse, Geschlecht, Sexualität und Disability“ stattgefunden hat. Und es könne keinesfalls als entschieden gelten, dass der Zusammenhang allein in Begriffen der Kapitalismustheorie gefasst werden könne. Demirović argumentiert gegen eine Engführung, die er so beschreibt: „Die Ökonomie selbst wird nicht als ein Ensemble widersprüchlicher gesellschaftlicher Verhältnisse gefasst, unter denen Natur angeeignet, Reichtum für wenige Privateigentümer geschaffen wird, moderne Klassen und Individuen formiert werden, in dem mit Mitteln der Gewalt, der Disziplin, des Konsenses Ausbeutung von

großen Menschenmassen organisiert wird, die bevölkerungspolitisch und rassistisch verwaltet werden.“

Diese Vielzahl der Macht- und Herrschaftspraktiken zu betrachten und daraus abzuleiten, was internationaler Feminismus/eine Feministische Internationale zur Veränderung beitragen kann und sollte, ist eine ziemlich große Herausforderung. Es kleinzureden oder gar gleich einzuverleiben machte dem ein Ende, bevor es überhaupt richtig angefangen hat.

Zum Weiterlesen:

Katharina Pühl, Birgit Sauer (Hrsg.): „Kapitalismuskritische Gesellschaftsanalyse: queerfeministische Positionen“, Verlag Westfälisches Dampfboot 2018

Brigitte Aulenbacher, Birgit Riegraf, Susanne Völker: „Feministische Kapitalismuskritik, Einstiege 23, Verlag Westfälisches Dampfboot 2015

Ein kurzer, ein sehr kurzer Frühling

Vor über 100 Jahren wurde die Sozialistische Internationale der Frauen gegründet.

Von Hannah Hoffmann

Im August 1907 wurde in Stuttgart die Sozialistische Fraueninternationale (Socialist International Women, SIW) gegründet. Die Geburt barg die Spaltung in sich, denn bereits auf dem Gründungskongress war klar: Es würde einen rechten und einen linken Flügel geben. Und sie würden einander zwar zuhören, sich aber nicht einigen können. Damit stand in Frage, ob es wirklich würde gelingen können, die Interessen der Frauen in sozialistischen Parteien zu vertreten, Frauen über Ländergrenzen hinweg zu aktivieren.

Ottillie Baader betonte die Notwendigkeit, die Frauenfrage als Teil der sozialen Frage zu betrachten. Sie wollte den „Kampf aller Ausgebeuteten ohne Unterschied des Geschlechts gegen alle Ausbeutenden, ebenfalls ohne Unterschied des Geschlechts“. Die meisten Frauen in der deutschen Sozialdemokratie teilten dies.

Die Auseinandersetzungen innerhalb der Sozialistischen Internationale gaben die Vorlage ab für jene in der Fraueninternationale. Es gab Streit um das Frauenwahlrecht, Divergenzen bei den Vorstellungen zu Organisation, Zusammenarbeit, Struktur der Internationale, Widersprüche zwischen proletarischen und bürgerlichen Forderungen traten schnell zutage. Emanzipation der Frau, Emanzipation der Arbeit vom Kapital, mit dem Mann als

Klasse gegen die kapitalistische Klasse oder eher „Allerweltsbasenschaft“, von der Clara Zetkin nichts hielt. Klassengegensätze ließen ein alle einnehmendes „Wir Frauen“ nicht zu.

1910 fand in Kopenhagen die II. Internationale Konferenz sozialistischer Frauen statt. Die Ausrufung des Internationalen Frauentages, Zetkins Antrag wurde einstimmig angenommen, ein Erfolg.

1912 eine außerordentliche Tagung angesichts des drohenden Krieges. Wieder Einstimmigkeit für Clara Zetkins Forderung, dem Krieg den Krieg zu erklären.

1914 Wien, III. Konferenz – geplant und nicht stattgefunden. Clara Zetkins Aufruf in der Zeitung „Gleichheit“, alles zu tun, um den Krieg zu verhindern, bzw. gegen ihn zu kämpfen, wurde kaum gehört. Mit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges löste sich die Fraueninternationale in ihre Bestandteile auf. Das Nationale ging in Führung, einige sozialistische Frauenverbände verbündeten sich mit bürgerlichen Frauen für die Heimatfront. Die Diskussion über die Kriegskredite spaltete auch die deutsche sozialdemokratische Frauenbewegung. Mit der Zustimmung der SPD-Reichstagsfraktion zu einer höheren Kriegsteuer am 4. August 1914 waren die Spaltung der Partei und die der Frauenbewegung in der Sozialdemokratie besiegelt.

Auf Initiative Rosa Luxemburgs gründete sich im August 1914 die Gruppe „Internationale“, immer noch in der Hoffnung, die SPD könnte im Reichstag gegen die Kriegskredite stimmen. Distanzierung von der Partei, nachdem dies nicht passierte.

Die nachfolgende Geschichte ist schon eine ganz andere. Die Sozialistische Fraueninternationale war gestorben, bevor sie Deutungs- und Bewegungsmacht entfalten konnte. Aus der Gruppe „Internationale“, die sich in Deutschland nach dem Scheitern gründete (Clara Zetkin, Rosa Luxemburg, Käthe Duncker, Bertha Thalheimer u. a.), wurde schnell die Spartakusgruppe, die ab 1916 illegal die „Spartakusbriefer“ herausgab. Am 1. Januar 1919 wurde die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD/Spartakusbund) gegründet. Am 1. Mai erschien die erste Ausgabe der Zeitschrift „Die Kommunistin“. Die ursprüngliche Intention: der Wunsch und der Wille, Frauen international zu verbünden und zu verbinden. Frauen, die gegen Unterdrückung ihres Geschlechts und ausbeuterische Verhältnisse kämpfen. Diese wirklich gute Idee war vorerst und auf sehr lange Sicht nicht zu verwirklichen. Die Sozialistische Fraueninternationale gibt es bis heute. Aktuell gehören ihr nach eigenen Aussagen 140 Mitgliedsorganisationen aus aller Welt an.

Siehe auch: Gisela Notz auf www.linksnet.de/artikel/25165



Frauen protestieren in London vor dem Innenministerium am Internationalen Frauentag aus Solidarität mit den Häftlingen in der Einwanderungshaftanstalt Yarl's Wood.

Mark Kerrison / Alamy Stock Photo

Das Recht, „Nein“ zu sagen

Klimagerechtigkeit – Naturverhältnisse – Geschlechtergerechtigkeit. Von Christa Wichterich

Natur- und Klimakatastrophen werden auf allen Kontinenten häufiger. Ob Dürre oder Überschwemmung, Erdbeben oder Wirbelsturm – Frauen sind am heftigsten betroffen: 70 Prozent der Toten beim Tsunami im Indischen Ozean 2004 waren Frauen. Von 15 Personen, die bei Zyklonen in Bangladesch ums Leben kamen, waren 14 weiblich. Auf Opferfotos verschmelzen Frauen mit ihren Kindern zu einem Ensemble der Verwundbarkeit in verödeten Landschaften, wie auch häufig bei der Bebilderung von Armut und Krieg.

Das ist tragisch, aber auch ein Stereotyp, das die Handlungsfähigkeit von Frauen ausblendet und alle Frauen als per Geschlecht gleich verletzlich und betroffen erscheinen lässt. Die Folgen des durch die ressourcen- und energieintensive Industrialisierung und den Wachstumszwang des kapitalistischen Systems befeuerten Klimawandels sind jedoch nicht nur regional, sondern auch sozial höchst unterschiedlich. Dabei ist außer dem Geschlecht ein ganzer Komplex intersektionaler Ungleichheitsfaktoren wie Klasse, Hautfarbe, Alter, Stadt/Land, Nord/Süd verantwortlich dafür, wer wo zum Opfer von Umweltzerstörung und Klimawandel wird. Eigentums- und Verteilungsfragen, aber auch soziokulturelle Normen und Ideologeme spielen dabei eine große Rolle.

Ein zentraler Mechanismus dafür, die Folgeschäden des Klimawandels abzuschieben und auszulagern, ist die Externalisierung von Risiken, Lasten und Arbeit in den globalen Süden, an prekäre soziale Klassen, die Indigenen und Armen, und in die Zukunft, an kommende Generationen. Die ökologischen Debakel treffen diejenigen Bevölkerungsgruppen mit Wucht, die bereits durch Gewalt, Ausbeutung und Armut prekariert sind. Spaltungen und bestehende Ungleichheiten, aber auch Verteilungskämpfe werden dadurch verschärft.

Die notwendigen sozialen Ver-, Für- und Vorsorgearbeiten, wie auch Reparaturarbeiten im Kontext von Umweltkrisen, werden vom Markt und von den sich sozial verschlanekenden Staaten ausgelagert, nämlich in die unbezahlte Care-Ökonomie, die traditionell überwiegend Frauen überlassen wird. Tatsächlich nehmen infolge des Klimawandels die Arbeiten für Ernährung, Gesundheit und das Aufräumen in der Umwelt zu. Aufgrund der vielfachen Ungerechtigkeiten fordern Klimaaktivist*innen seit Jahren: „No climate justice without gender justice“.

Als Gegenrede gegen die fortwährende Geringschätzung der Handlungsmacht von Frauen stehen im Folgenden die Kämpfe von feministischen Organisationen im Zentrum, die Machtverhältnisse und Ungleichheiten

thematisieren und sich kritisch mit dem ressourcen- und wachstumsgierigen Entwicklungsmodell auseinandersetzen, das eine Krise nach der anderen produziert.

Bei den alljährlichen internationalen Klimaverhandlungen mischt seit 2006 eine Frauengruppe, die Women and Gender Constituency (WGC), mit. Der Frauenanteil bei den Verhandlungen liegt bei knapp unter 40 Prozent, aber nur 2 Prozent der Gelder für Klimaschutz gehen an Organisationen im Süden und Frauen an der Basis. Ein Erfolg des Lobbyings mit dem Mainstreaming-Ansatz war 2017 in Bonn die Verabschiedung eines Gender-Aktionsplans.

Nicht um Mainstreaming, sondern um radikale Kritik am Entwicklungsmodell und am Handelsregime ging es 160 Frauenrechtsorganisationen vor allem aus dem globalen Süden, die bei der WTO-Ministerkonferenz in Buenos Aires eine Erklärung zu „Gender und Handel“ ablehnten. Diese verspricht Frauen wirtschaftliches Empowerment durch Inklusion in Wertschöpfungsketten, Unternehmertum und Handel. „Pinkwashing“ schimpfen das Kritiker*innen, die mit dem Slogan „Basta ya! WTO: Wir wollen Souveränität“ Entwicklungs- und Ernährungssouveränität fordern statt der Freihandelsregeln, die ihre lokalen Lebensgrundlagen (livelihoods) zerstören.

Auf die systemisch ausgelösten, miteinander verwobenen Krisen reagieren soziale Bewegungen gleichzeitig lokal und international. Die spezifische Qualität feministischer Ansätze ist es, Verbindungen zu Frauenkörpern und Frauenarbeit, sprich: sozialer Reproduktion und Care, herzustellen und die Gewalt gegen Frauenkörper mit Ressourcenextraktivismus und Naturzerstörung zusammenzudenken.

Die Bäuer*innen von La Vía Campesina verknüpfen in ihrem „feminismo campesino popular“ seit einigen Jahren einerseits die Forderung nach Ernährungssouveränität, mit Kämpfen gegen die Gewalt von Landnahme, Industrialisierung und Genmanipulation in der Landwirtschaft, mit Kämpfen gegen sexualisierte Gewalt und für Souveränität ihrer Körper andererseits. Die lateinamerikanische Bewegung gegen Femizide, Ni una menos, geht davon aus, dass die Gewalt in der Gesellschaft, auch die gegen Natur, über Frauenkörper ausgetragen wird. Das feministische Netzwerk Miradas críticas del Territorio desde el Feminismo verbindet die Verteidigung des eigenen Körpers und die Verteidigung des Landes miteinander. Der Körper wird als Teil eines größeren Ganzen von sozialer und natürlicher Umwelt, von Territorien gesehen. Ihr Kampf gegen den Raubbau an der Natur und den Körpern ist Teil ihrer radikalen Entwicklungskritik als Dekolonisierungsstrategie.

Ähnlich verbindet WoMin (Women in Mining) im südlichen Afrika den Widerstand gegen Bergbau, zerstörerische Ressourcenextraktion durch Investitionen und große Entwicklungsprojekte mit der Forderung nach Anerkennung der tagtäglichen Care-Arbeit von Frauen. Sie leisten Widerstand gegen die Enteignung ihres Landes, das – wie bei den Indigenen in Lateinamerika – nicht nur ihre Existenzgrundlage ist, sondern auch ihre Identität, ihre Kultur darstellt. „Rohstoffe können wir nicht essen. Wer uns unser Land nimmt, nimmt uns unsere Identität und unser Leben.“ Deswegen stehen souveräne Verfügung über das Land, (Wieder-)Aneignung von Gemeinschaftsgütern und die (Re-)Konstruktion von Identität im Zentrum ihrer Kämpfe.

In der jüngsten Vergangenheit bedrohen immer mehr große Investitionsprojekte lokal überlebensnotwendige Ressourcen wie Böden, Wasser und Wald. Chinas neue Seidenstraßen und landwirtschaftliche Entwicklungskorridore treiben den transnationalen Infrastrukturausbau voran, Großtechnologien und Marktinstrumente wie Zertifikatshandel von CO₂-Emissionen werden als Lösungsansätze für Probleme des Artensterbens, der Ressourcenverknappung und der Erderwärmung angeboten. Landwirtschaft 4.0 wird als Beitrag zur Green Economy beworben, weil durch intelligente Technik Energie und Rohstoffe ge-

spart werden sollen, Biodiversität erhalten und Bodenerosion vermieden werden soll. Drohen sollen Pflanzenwachstum kontrollieren, Sensoren könnten Böden, Lichteinstrahlung sowie die Vitaldaten von Masttieren messen. Gleichzeitig ist mit der Genschere CRISPS eine neue Stufe technischer Intervention in lebende Organismen und von deren Anpassung an Umwelt- oder Profitbedarfe erreicht.

In höchstem Maße herrschaftsförmig gegenüber der Natur ist Geoengineering, die industrielle Entwicklung von großtechnologischen Eingriffen in die Atmosphäre, um ihr CO₂ zu entziehen und dieses dann unterirdisch zu lagern oder um den Temperaturanstieg zu unterdrücken. Diese Manipulationen lenken technikoptimistisch die Aufmerksamkeit weg von Emissionsreduktion. Die als grün etikettierten Technologien sind bereits allesamt profitable Geschäftsfelder. Und die politische Rhetorik in Europa verkündet, dass solche Investitionen Fluchtursachenbekämpfung seien und Migration verhindern sollen.

Weil dies alles weitgehend über die Köpfe und Lebensgrundlagen lokaler Bevölkerungen hinweg geschieht, pochen Frauen an der Basis auf ihr Recht, „Nein“ zu sagen zu diesen Entwicklungsprojekten, die die regionalen Ökonomien, in denen sie produzieren, Handel treiben und konsumieren, wie auch lokale Biosphären unterminieren.



Femen-Aktivistinnen protestieren im Zentrum von Sao Paulo im Südosten Brasiliens gegen die Serienmorde auf der Ostseite der Stadt.

Estadão Conteudo / picture alliance

Während die gesellschaftlichen Naturverhältnisse allgemein und das Umweltmanagement im Besonderen immer noch nach dem biblischen Motto des „Macht euch die Erde untertan“ organisiert werden, zielen feministische Ökokonzepte auf einen anderen Umgang mit der Natur. Als Gegenpol zum Ökofeminismus, der wegen der unterstellten Naturnähe von Frauen und der Orientierung an der Rückkehr zur Natur in akademischen Kreisen kritisiert wird, stellt die feministische politische Ökologie intersektionale Macht und Ungleichheiten in den Umweltverhältnissen ins Zentrum. In den jüngsten Kämpfen an der Basis aber treffen sich herrschaftskritische und holistische ökofeministische Ansätze in ihrem Nein zu den sozialökologischen Verheerungen und den Technologien der Green Economy.

Diese Strategie von Verweigerung und selbstorganisiertem Widerstand korrespondiert mit der transnationalen Welle von Frauenstreiks von Argentinien bis zur Schweiz und den Schüler*innenstreiks „Fridays for Future“ gegen den Klimawandel. Diesen Kämpfen ist gemeinsam, dass sie vor allem auf der Handlungsmacht von Frauen beruhen, die sich durch zivilen Ungehorsam oder politischen Streik selbst ermächtigen und als politische Subjekte sozialökologischer Transformation konstruieren.

Dr. Christa Wichterich ist Soziologin, Publizistin, Buchautorin, derzeit Dozentin am Zentrum für Geschlechterstudien der Universität Basel.



Frauen nehmen an einem Marsch anlässlich des internationalen Frauentages in Mubende, Uganda teil.

Jake Lyell / Alamy Stock Photo

Große Zugkraft

Streik ist ein machtvolleres Mittel, wie der Kampf für reproduktive Gerechtigkeit in den Vereinigten Staaten zeigt. Von Cinzia Arruzza

In der Komödie „Lysistrata“ porträtiert der altgriechische Komiker Aristophanes einen fiktiven Streik von Athenerinnen, die den jahrzehntelangen Peloponnesischen Krieg beenden wollen. Um ihr Ziel zu erreichen, entziehen die Athener Frauen das, was wir heute als Sexarbeit bezeichnen können: Sie weigern sich, Ehemännern und Liebhabern sexuelle Gefälligkeiten zu erweisen. Die Komödie hat ein glückliches Ende, die Männer stimmen den Bedingungen zu, die von den streikenden Frauen festgelegt wurden, beginnen Friedensgespräche mit den Spartanern und feiern sowohl das Ende des Streiks als auch das des Krieges.

Fast 2.500 Jahre später streiken Frauen auf der ganzen Welt noch immer, aber die heutigen feministischen Streiks zielen nicht nur auf Sexarbeit ab. Aristophanes verspottete athenische Kriegshetzer, indem er einen eher zum Lachen reizenden Krieg zwischen den Geschlechtern dem tragischen Geschäft des

Krieges gegen die Spartaner gegenüberstellte. Die heutigen feministischen Streiks führen keinen Geschlechterkrieg: Sie fördern die direkte oder indirekte Beteiligung der Männer und führen einen Krieg gegen Sexismus und Kapitalismus. Und doch haben sie manchmal Gelächter, Verachtung und die gleichen oberflächlichen abweisenden Haltungen hervorgerufen, wie sie vor mehr als 2.000 Jahren dem urkomischen und utopischen Witz von Aristophanes vorbehalten waren. Feministische Streiks sind jedoch eine ernste Angelegenheit.

Im Gegensatz zu einigen Fehldeutungen ihres Ausmaßes und ihrer Politik ersetzen die transnationalen feministischen Streiks, die in den letzten drei Jahren am 8. März von Argentinien bis Polen organisiert wurden, weder Arbeitsstreiks durch reproduktive Streiks, noch betonen sie die Bedeutung des Feldes der sozialen Reproduktion im Gegensatz zu dem der Produktion. Feministische Streiks

wurden durch die signifikante Veränderung der Zusammensetzung der globalen Erwerbsbevölkerung in den letzten Jahrzehnten ermöglicht. Heute machen Frauen fast 40 Prozent der Erwerbsbevölkerung aus, aber diese quantitative Erhöhung der Frauenbeteiligung ist auch mit einer Verstärkung der Berufstrennung verbunden: Frauen sind in der Regel deutlich mehr im Dienstleistungssektor und in der informellen Wirtschaft beschäftigt als Männer. Aufgrund der zunehmenden Kommerzialisierung sozial reproduktiver Aktivitäten, die eine weibliche oder feminisierte Arbeitskraft beschäftigen, und des großen Anteils weiblicher Arbeitskräfte in öffentlich verwalteten, sozial reproduktiven Sektoren ist ein sozial reproduktiver feministischer Streik aus dem gleichen Grund oft auch ein traditioneller Arbeitskampf. In mehreren Fällen ist es ein Streik, der sich direkt auf die kapitalistischen Gewinne auswirkt und die Wertschöpfungsketten stört. ▶



Irmtraud Morgner

Deutsche Schriftstellerin. Ihre formal wie inhaltlich kühnen Bücher machten den Geschlechterkampf und die uneingelöste Gleichberechtigung der Frau in der DDR zum Thema. Sie wurden wegweisend sowohl für jüngere Schriftstellerinnen ihres eigenen Landes wie auch für Diskussionen innerhalb der westlichen Frauenbewegung.



Akkai Padmashali

Indische Transgender-Aktivistin, Motivationsrednerin und Sängerin. Für ihre Arbeit erhielt sie die Rajyotsava Prashasti, die zweithöchste zivile Auszeichnung des Staates Karnataka, und die Ehrendoktorwürde der Indian Virtual University for Peace and Education.



Minna Salami

Finnisch-nigerianische Journalistin. Auf ihrem Blog MsAfropolitan kommentiert sie afrikanische Gesellschaftspolitik aus einer Perspektive des „popular feminism“. Sie bewegt sich im Spannungsfeld zwischen Dekolonisierung und Diaspora.



Rita Segato

Brasilianisch-argentinische feministische Anthropologin. Sie lehrt an der Universität Brasilia, wo sie den UNESCO-Lehrstuhl für Anthropologie und Bioethik innehat. Sie ist besonders für ihre Forschungen über Genderfragen in indigenen und lateinamerikanischen Gemeinden bekannt, sowie für ihre Forschung über Gendergewalt und die Beziehung zwischen Gender, Rassismus und Kolonialismus.

Kimberlé Crenshaw
US-amerikanische Juristin. Mitbegründerin der Critical Race Theory. Arbeiten sind im US-amerikanischen Black Feminism verwurzelt. Begründerin des intersektionalen Feminismus: „intersectional experience“ as something „greater than the sum of racism and sexism“.

Loujain al-Hathloul
Saudiische Frauenrechtlerin, die sich für die Aufhebung des Fahrverbots für Frauen in Saudi-Arabien eingesetzt hat. Sie wurde mit anderen unter dem Vorwurf verhaftet, sie versuche, das saudische Königreich zu destabilisieren. Im Jahr 2015 von der BBC als drittmächtigste arabische Frau ausgezeichnet.

Frigga Haug
Deutsche Soziologin und Philosophin, setzt sich mit dem Verhältnis feministischer und marxistischer Theorie und Praxis auseinander. Demokratische Sozialistin. Redakteurin und seit 2006 Mitherausgeberin des „Historisch-kritischen Wörterbuchs des Marxismus“. „Fast 40 Jahre schlage ich mich mit diesem Thema herum – mal mit vielen Mitstreiterinnen, mal fast allein im eigenen Land, aber gehalten durch internationale Bande.“

Alexandra Kollontai
Russische Revolutionärin, Diplomatin und Schriftstellerin. Bereits 1905 hatte sich die militante Feministin für die Gründung autonomer Frauenabteilungen innerhalb der Partei eingesetzt. Motto: Ohne Sozialismus keine Befreiung der Frau – und ohne Befreiung der Frau kein Sozialismus.



► Statt einen Vorrang der Reproduktion vor der Produktion zu propagieren, machen feministische Streiks die Einheit zwischen den beiden deutlich, die Kontinuität zwischen Ausbeutung am Arbeitsplatz und dem Gewinn durch unbezahlte Arbeit von Frauen im Haushalt, die kapitalistische Akkumulation und die Organisation der sozialen Reproduktion, die Rolle der Frauen bei der Reproduktion und die Trennung von Arbeit in der formellen und informellen Wirtschaft. Sie zeigen, dass die sozialen Beziehungen, die die Arbeit am Arbeitsplatz organisieren, ausbeuten und disziplinieren, die Natur abschöpfen und unsere Luft, Nahrung und unser Wasser verschmutzen, dieselben sind, die unser Leben, unsere Identitäten, zwischenmenschliche Beziehungen, die Vielfalt der uns zur Verfügung stehenden reproduktiven Möglichkeiten und die Formen der Familie, zu denen wir Zugang haben können, einschränken. Dies ist einer der Gründe, warum – trotz Hass und Kritik – feministische Streiks so viel Zugkraft besitzen, Sichtbarkeit und Popularität gewonnen haben und sich weltweit ausbreiten. Der 14. Juni beispielsweise markierte die Geburt der feministischen Bewegung in der Schweiz mit einem Massenstreik und Demonstrationen von rund 400.000 Menschen.

Die USA stellen in diesem Zusammenhang eine partielle Ausnahme dar. Trotz der Sichtbarkeit des feministischen Streiks vom 8. März 2017 haben es die Frauenstreiks nicht geschafft, die gleiche Traktion wie in anderen Ländern zu erreichen. Dafür gibt es strukturelle Gründe, vor allem die strafrechtlichen Bundes- und Landesarbeitsgesetze, die es unmöglich machen, General-, Bundes- sowie politische Streiks zu organisieren, und die Or-

Der Streik wird nicht als ein einzelnes Ereignis, sondern als Prozess der Radikalisierung verstanden.

ganisation von Wirtschaftsstreiks am Arbeitsplatz extrem schwierig gestalten. Und es gibt auch politische Gründe, die mit der gegenwärtigen Konjunktur zusammenhängen: So versäumte es der Frauenmarsch beispielsweise trotz enormer Sichtbarkeit, eine Strategie, die auf Bewegungsbildung und Massenmobilisierung basiert, zu verfolgen, und entschied sich für eine starke Beteiligung an der Wahlarbeit für Kandidaten der Demokratischen Partei.

Diese Situation könnte sich in den kommenden Monaten jedoch aufgrund des aktuellen Angriffs auf die reproduktiven Rechte, insbesondere auf die Abtreibung, ändern. Zwischen März und April dieses Jahres verabschiedeten Alabama, Ohio und Georgia staatliche Gesetze, die Abtreibung in jeder Phase der Schwangerschaft kriminalisieren. In den vergangenen Jahren haben mehrere Staaten wie Texas, Oklahoma, Mississippi und Louisiana Gesetze verabschiedet oder es versucht, die entweder die Abtreibung vollständig verbieten oder den Zugang zu Abtreibungsanbietern besonders schwierig machen würden. Es wird immer deutlicher, dass diese verschiedenen Landesgesetze den Auftakt dazu bilden, das Abtreibungsrecht auf Bundesebene in Frage zu stellen. Die Freiheit einer Frau oder schwangeren Person, eine Abtreibung ohne übermäßige staatliche Einmischung vorzunehmen, wird derzeit aufgrund einer richtungsweisenden Entscheidung des Obersten Gerichtshofs von 1973, Roe v. Wade, anerkannt. Bis jetzt hat Roe v. Wade als letzte Rechtsmittelquelle gedient, um zu verhindern, dass reaktionäre Gesetze, die auf Bundesstaatsebene verabschiedet wurden, umgesetzt werden. Doch das von der Trump-Administration neu geschaffene

Klima und die Ernennung von Brett Kavanaugh, der als Abtreibungsgegner berüchtigt ist und den Christine Blaisey Ford 2018 sexueller Gewalt beschuldigte, an den Obersten Gerichtshof ebneten mit den neuen Gesetzen, die im März und April verabschiedet wurden, den Weg dafür, Roe v. Wade auf der Ebene des Obersten Gerichtshofs anzufechten.

Als Reaktion auf diese düstere Perspektive haben Aktivistinnen aus den sozialistischen feministischen Arbeitsgruppen der Demokratischen Sozialisten Amerikas (DSA) einen Vorschlag für eine Kampagne zum Massenstreik für die Verteidigung der reproduktiven Gerechtigkeit ausgearbeitet. Die Grundidee ist, an der Schaffung eines großen Netzwerks von Gewerkschaften, Arbeiterzentren, feministischen, antirassistischen und sozialistischen Organisationen zu arbeiten, die bereit sind, sich an einer Massenmobilisierung zur Verteidigung der reproduktiven Gerechtigkeit und für eine kostenlose und universelle Gesundheitsversorgung zu beteiligen. Die Schaffung der Voraussetzungen für signifikante Streiks an wichtigen Arbeitsplätzen ist eines der Ziele der Massenstreikkampagne, aber wie in der feministischen Bewegung an anderen Orten wird der Streik nicht nur als ein einzelnes Ereignis, sondern vielmehr als ein Prozess der Radikalisierung und Mobilisierung verstanden: einer, in dem Brücken zwischen feministischer Organisation und Arbeiterorganisationen geschlagen werden können und der hartnäckige Gegensatz zwischen Identität und Klassenpolitik endlich überwunden werden kann.

Cinzia Arruzza ist eine italienische Feministin und Philosophin, lehrt Philosophie an der New School of Social Research in New York und ist die Autorin von „Feminismus und Marxismus“ (Neuer ISP Verlag 2017).

Zahlreiche Initiativen hat die Organisation schon ins Leben gerufen: Das Frauenrechtszentrum in Lod hilft seit 2016 Frauen, zu ihrem Recht zu kommen – unter anderem beim Zugang zu Sozialversicherung, öffentlichem Wohnungsbau, Kommunaldiensten und Bildung. Gemeinsam mit dem Israel Women's Network wurden Hotlines in Lod, Ramla und Jaffa initiiert, um Frauen bei der Wahrung und Durchsetzung ihrer Rechte in den Regionen zu unterstützen.

Na'am versteht sich ebenso als Lobby für Frauenrechte in der Knesset. Die Organisation überwacht Gesetzgebungsprozesse und interveniert in Diskussionen um Bildung, Soziales, Arbeit und Wohnen. Das Thema Femizide wurde erfolgreich in die Knesset-Ausschüsse eingebracht. Und auch in den lokalen Gemeinschaften ist Na'am aktiv: Mit Bildungsprogrammen für Gemeinschaftsführer, Fachkräfte und Jugendliche sollen heutige und zukünftige Maßnahmen gegen häusliche Gewalt, geschlechterbasierte Gewalt unterstützt und soll die Gleichstellung der Geschlechter gefördert werden. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung unterstützte im Dezember den nationalen Frauenstreik „Rote Fahne“ in Tel Aviv, der von feministischen Organisationen – unter ihnen auch Na'am – initiiert wurde.

Anne Schindler

Na'am! Ja!

„Ich wollte im Sinne des Feminismus nicht nur akademisch, sondern auch praktisch, mit allen Frauen und Menschen aus allen Bereichen vor Ort zusammenarbeiten“, so Samah Salaime über die Gründung von Na'am-AWC im Jahr 2009. Salaime ist Sozialarbeiterin und Sprecherin für die Rechte palästinensischer Frauen, und sie motivierten die zahlreichen unaufgeklärten Morde an arabischen Frauen in Israel. Handeln tat not. Die Aufklärungsrate ist bei diesen Morden besonders niedrig, oft werden die Täter nicht gefasst. Frauen unterstützen, sie in Sicherheit wissen, ihnen und ihren Familien helfen – das waren die Motive für die Gründung von Na'am.

Na'am – arabisch für „Ja“ – stellt arabische Frauen in Israel in den Fokus und kämpft mit basisnahem, feministischem und zugleich lokalem Ansatz für die Rechte, die Gleichberechtigung und Selbstverwirklichung marginalisierter Frauen und gegen geschlechterbasierte Gewalt. Nicht nur das Recht auf Selbstbestimmung, auch der Zugang zu und das Recht auf Bildung, Arbeit und Gesundheitsversorgung sind Ziele der Organisation. Mit der Hilfe von Spenden, Freiwilligen und Nichtregierungsorganisationen sollen Gleichberechtigung und soziale Teilhabe von arabischen Frauen in Israel erreicht werden.



Die Menschenrechtsorganisation Madres de la Plaza de Mayo bei einer Demonstration in Buenos Aires, Argentinien

Where is the love?

Über den feministischen Streik als klassenpolitisches Training Von Anna Stiede

Eva von Redecker zufolge sind „Frauen die wahren Proletarier von heute“. Was ist an dieser Aussage dran und was nützt diese Erkenntnis für das Ringen um solidarische Gesellschaftsentwürfe mit allen Geschlechtern?

Feminismus ist im wahrsten Sinne des Wortes en vogue, hip und angesagt. Wer etwas auf sich hält und auf der Höhe der Zeit sein will, sollte sich feministisch positionieren. Alles andere ist unseriös. In einer Sonderbeilage der Modzeitschrift VOGUE (07/2019) wird ein Blick in die Zukunft geworfen: Emanzipierte junge Frauen werden vorgestellt, und die neue inklusive und diverse Barbie-Kollektion mit kräftigeren Puppen, Puppen mit Beinprothesen oder Puppen im Rollstuhl, farbigeren Puppen und anderen wird gezeigt. Feminismus ist ein Muss geworden. Und das ist gut so! Man führe sich vor Augen, dass noch vor 50 Jahren unsere Mütter, Omas und Tanten (im Westen) weder das Recht auf selbstbestimmte Abtreibungen noch darauf hatten, selbst über einen Arbeitsvertrag oder ihr Vermögen zu entscheiden. Dass wir uns heute dramatischerweise in einem Verteidigungsgelände befinden, verdeutlicht, dass diese Errungenschaften nicht in Stein gemeißelt sind. Keinem Staat käme es in den Sinn, Männern* ihr Selbstbestimmungsrecht über ihre Prostata und ihren Penis abzuerkennen (es sei denn, es gibt religionspolitische Motive). Menschen mit Gebärmutter hingegen werden grund-

sätzlich in die Rolle nationaler Brutkästen verbannt. Ihnen wird das Recht auf Abtreibung streitig gemacht. In dieser Gemengelage könnte die Zunahme an glitzernder popfeministischer Werbung in der Öffentlichkeit verwundern. Die Werberklamen, die nun auf feministisch ihre Konsument*innen – uns – locken, sind sinnliche Revolutionen. Sprache, Abbildungen, Wirklichkeiten werden spätestens seit der digitalen Revolution umgewälzt und legen neue Potenziale auch für queere feministische Gesellschaftsveränderungen frei. Vor allem aber dienen sie dem Vertrieb kapitalistisch produzierter Waren, indem Bedürfnisse der Konsument*innen adressiert werden. Dass der Feminismus in der Werbebranche angekommen ist, verändert Sprache, ist aber auch eine kapitalistische Inszenierung zum Zwecke der Beruhigung. Denn: Auch wenn feministisches Branding für Unternehmen zunehmend hip wird, Werbung weniger sexistisch wird, mehr Männer Kinderwagen durch die Gegend schieben und im ICE das Kinderbuch mit der kleinen Raupe vorlesen, ist es noch immer so, dass Frauen* im Durchschnitt jährlich zweieinhalb Monate umsonst arbeiten, im Gegensatz zu männlichen Mitmenschen. Um es kurz zu machen: Immaterielle Diskursverschiebungen haben bisher wenig materielle Veränderungen bewirkt. Denn weiterhin werden Frauen* weltweit, oft unentlohnt, deutlich mehr für gesellschaftlich not-

wendige Arbeit verantwortlich gemacht als Nicht-Frauen.

Mit den weltweiten queere feministischen sozialen Kämpfen bricht sich seit einigen Jahren Bahn, was nicht in Institutionalisierungsprozesse alter feministischer Forderungen integrierbar war. Schon vor der letzten großen Finanzkrise ab 2007 begannen große Teile der globalen sozialen Bewegungen, eine Spurensuche aufzunehmen und die (Un-)Möglichkeiten des sozialen Streiks in den sich neoliberal verändernden Arbeits- und Lebensverhältnissen auszuloten. Statt der Beschreibung von Seiten des Kapitals auf unseren Streifzügen zu folgen, sprachen wir weniger von „neoliberal“, indem wir begannen, von einer massiven Prekarisierung unserer Lebenslagen zu reden. Prekarität schien seitdem die einzige, sehr wabernde Klammer der neuen potenziellen Klassenfraktion zu sein. Mit der ersten Abwicklung der Austeritätsmaßnahmen in Südeuropa stellte sich eine seit Langem nicht mehr gesehene Streikwelle ein, mit der neue solidarische Ökonomieversuche und Vergesellschaftungsexperimente einhergingen. Gleichzeitig hat die große Krise auch endlich die allgemeinere Sprachfähigkeit hinsichtlich unsichtbarer gesellschaftlich notwendiger Reproduktionsarbeiten gebracht. Eine Krisenanalyse, die die Facetten und Auswirkungen der sozialen Reproduktionskrisen nicht in den Blick bekommt, ist aus einer nach sozialer So-



Die feministische Organisation Women for Peace bei einer Kundgebung in Nairobi, Kenia

lidarität suchenden Perspektive unzureichend und nicht zu gebrauchen. Doch glücklicherweise sind die Verwerfungen der Sorgearbeiten, die nicht zuletzt im Ringen um Körper und das eigene Zuhause kulminieren, mittlerweile an vielen Stellen auf der politischen Agenda. „Fridays for Future“, die Kitakrise, die Gewerkschaftskämpfe in den Krankenhäusern, die öffentliche Thematisierung des katastrophalen Pflegenotstands in Deutschland, die Verteidigung der Abtreibungsrechte und Tausende Anklagen gegen die Frauen*- und Transmorde weltweit, Hebammen, die sich organisieren, um ihre so notwendige Arbeit zu verteidigen, und vieles mehr verweisen auf den materiellen Untergrund einer tiefen Krise des Kapitalismus. Dieser konnte nie existieren ohne die strukturelle Unterdrückung nichtmännlicher und/oder nichtweißer Körper und die Ausbeutung von deren Kraft und Lebenszeit. Eine Lösung mit der Perspektive eines guten Lebens für alle in dieser einen Welt wird nur in selbstorganisierten Lernprozessen zu finden sein. Keine Institution dieser Welt wird den Forderungen nach gerechter Umverteilung der Sorgearbeiten gänzlich nachkommen, weil die nationalen Ökonomien kollabieren würden, wenn Frauen* nicht länger unter- oder unbezahlt die zahlreichen sozialen Arbeiten verrichteten. In diesen Sorgearbeiten steckt darüber hinaus stets ein Überschuss, der nicht kommodifizierbar, sprich: einnehmbar, ist. Der nicht einnehmbare Teil verschanzte sich in freundschaftlichen und liebevollen Verschlingungen. Hier liegt die Zukunft. Um diese Zukunft herzustellen, ist der Frauen*streik im deutschsprachigen Raum eben keine neue Erfindung, sondern ein vorläufiges historisches Ereignis und eher eine

Verdichtung zahlreicher Kämpfe um soziale Reproduktion in den letzten Jahren.

Der Streik ist kein neues Mittel in der feministischen Bewegungsgeschichte. 1600 streikenden Frauen in den USA mit Sex- und Schwangerschaftsverweigerung, um ein Vetorecht bei Kriegsentscheidungen zu erwirken, die schlesischen Weberinnen kämpften 1844 um bessere Arbeitsbedingungen und Löhne, 1973 traten bei Pierburg in Neuss 2.000 überwiegend migrantische Frauen in einen wilden Streik, und 50 Jahre nach der „Lohn für Hausarbeit“-Bewegung werden nun die feministischen Wissensschätze aufgewärmt und in neuen Erscheinungen erprobt. Denn „trotz der zunehmenden Erwerbsbeteiligung von Frauen besteht die ungleiche Verteilung der unbezahlten Haus- und Sorgearbeit fort“ (Friederike Beier 2019). Wir pfeifen heute auf den angepriesenen Fortschritt, solange die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitiken nicht grundsätzlich zu ihren ursprünglichen Arbeitsbereichen zurückkehren: der Haushaltspolitik, indem die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse nach dem Wissen gestaltet werden, dass Gesellschaft und Umwelt verwundbar und vergänglich sind und es daher nötig ist, sich um Mensch und Natur zu kümmern. Um die diskursiven Verschiebungen in materielle Veränderungen zu überführen, braucht es sowohl den Klimastreik als auch den queere feministischen Streik. Oder Verschränkungen. Hier unterbrechen Schwärme den alltäglichen Gang der Dinge durch unangepasste Raum- und Zeitanordnungen. Dass sich Frauen* zum ersten Mal seit 1994 im deutschsprachigen Raum zusammenfanden, ist bewegungspolitisch das Beste, was in den letzten Jahren geschehen ist. Nicht

nur, weil es dringend materieller Veränderungen und Umverteilung von Haus- und Sorgearbeit bedarf, sondern weil neue Erfahrungen gesammelt werden. Ich nenne dies klassenpolitische Lernprozesse, weil hier eine Menge an Menschen den Versuch wagt, rund um den 8. März frauenzugewiesene Arbeiten zu verweigern. Was von mancherlei Denker und Krisenforscher als Identitätspolitik abgetan wird, offenbart sich eher als identitätspolitische Suchbewegung nach den auf Solidarität erpichten Schöpfungstendenzen neuer Klassenpolitiken. In diesem Sinne ist von Redecker zuzustimmen. Es waren schon immer jene anderen, die Unterdrückten, die Subalternen, die soziale Missstände vorhersahen, weil sie schon viel länger unter ihnen litten als manch Bruder. So manche positive soziale Veränderung ist deren unerschrockenem Kreativitätstrieb zuzurechnen, der keine Angst vor Fehlern hat.

Der Streik rund um den 8. März ist mehr als eine politische Methode. Der Streik war, ist und wird ein internationaler Lernraum aller Geschlechter sein. Was die Gegner*innen der Reaktion eint, sind Hass und binäres Denken ohne Duldung von Abweichungen oder Grauzonen. In zunehmend individualisierten Ellenbogengesellschaften werden systematisch einfache alltägliche Liebesakte gegenüber nahestehenden und fremden Menschen zerstört. Den Guten dieser einen Welt bleibt nichts anderes, als sich in Solidarität und Liebe zu üben.

Anna Stiede ist Politologin und befasst sich mit der Geschichte sozialer Bewegungen, Reproduktionsökonomie und Kommunikation. www.politologinnen.de

Jung, selbstorganisiert, vernetzend

Die Rural Women's Assembly bringt arme Frauen aus ländlichen Regionen zusammen.

Von Anne Schindler

„SADC“ steht für die Southern African Development Community (Entwicklungsgemeinschaft südliches Afrika), die 1992 aus ihrer Vorgängerorganisation entstand und 14 Mitglieder hat. Ein Schwerpunkt der Arbeit ist die Bekämpfung von Armut, Südafrika ist der stärkste Akteur in der Gemeinschaft.

Die Rural Women's Assembly (RWA) ist ein junges, selbstorganisiertes Netzwerk nationaler ländlicher Frauenbewegungen, Versammlungen, Basisorganisationen und Sektionen von gemischten Bauernvereinigungen, Verbänden und Bewegungen, das inzwischen acht Länder der SADC-Region umfasst.

Seit vier Jahren bringt die Organisation arme Frauen aus ländlichen Regionen zusammen. Das ist eine wichtige und eine schwierige Aufgabe, nicht nur der Größe dieser Länder wegen, sondern auch, weil der Alltag der Frauen hart ist, die politischen Verhältnisse in vielen Mitgliedsländern schwierig. Genau da setzt die RWA an. 2016 beispielsweise fand in Swasiland, einem der ärmsten Mitgliedsländer der SADC, eine dreitägige Veranstaltung der RWA statt. Hier haben die Frauen nur sehr begrenzte Rechte und der Zugang zu Land ist schwierig bis unmöglich.

Regionale Versammlungen für Frauen im ländlichen Raum, Präsenz bei großen multinationalen Veranstaltungen, Lobbyarbeit in den Regionen, vor allem aber Bildungsarbeit sind die Schwerpunkte der RWA, die in nationale Sektionen unterteilt ist, um in den ländlichen Räumen arbeiten und die Frauen erreichen zu können.

Ein erfolgreiches Projekt ist die jährlich stattfindende Feminismus-Schule.

„Unsere jährliche feministische Schule ist für die RWA zu einem wichtigen Ort dafür geworden, den Begriff des Feminismus in die Organisation einzuführen“, heißt es auf der Webseite der RWA.

Auch wenn dies ein Schwerpunkt der Arbeit ist, geht es nicht nur darum, das Bewusstsein für Feminismus, feministische Kämpfe zu wecken und zu stärken. Landfrauen, Bäuerinnen, bäuerliche Produzentinnen sollen, so der selbstgestellte und hochgesteckte Anspruch, gemeinsam einen Feminismus entwickeln, der eng in und mit der Arbeit mit der Natur verwurzelt ist. Er soll gedankliche Basis wie auch Handwerkzeug sein, die Realität des Lebens auf dem Land zum Ausgangspunkt nehmen, Instrument für Organisation und Vernetzung sein.

Deshalb zielen die Feminismus-Schulen auch darauf, feministische Führungskräfte zu finden, zu coachen, zu unterstützen. Die Analyse der ökologischen Krise, die daraus entstehenden Anforderungen und Aufforderungen zu Widerwort und Widerstand sind Thema. Sie wollen, so die Organisation, ein besseres Verständnis dafür bilden, dass die Menschen Teil der Natur sind, über Alternativen zu den dominanten Formen der Landwirtschaft und des Konsums diskutieren, über Wachstum und damit zusammenhängende Zerstörung des Ökosystems. Vor allem aber geht es in den Feminismus-Schulen darum, Know-how zu vermitteln, Methodenwissen weiterzugeben und Methodiken: Lesen, Geschichtenerzäh-

len, kulturelle und spirituelle Ausdrucksformen stehen deshalb gleichberechtigt neben Präsentationen, Fallstudien, Filmvorführungen, Gruppenarbeit.

Die Schule ist Lernort, und sie ist – was für viele Frauen lebenswichtig ist – ein sicherer Ort.

In den vergangenen Jahren beschäftigten sich die Frauen mit der Frage: Wem gehört das Land? Also mit Eigentumsverhältnissen und deren Auswirkungen auf Armut und prekäres Leben. Wem gehört das Saatgut? Wie verhindern patriarchale Strukturen und daraus erwachsende strukturelle Gewalt, dass sich die Situation marginalisierter Landarbeiterinnen, armer Bäuerinnen und Produzentinnen zum Besseren wendet? Und was lässt sich wie dagegen tun? Wie funktionieren Solidarität und Solidarisierung?

Die RWA bringt Frauen zusammen, gibt Impulse für Vernetzung und das Entstehen von Bewegungen, vor allem leistet sie lebenswichtige Bildungsarbeit. Beim sogenannten Volksgipfel der RWA in Swasiland trafen sich 2016 mehr als 200 Frauen aus dem gesamten südlichen Afrika. Sie kamen aus Lesotho, Sambia, Simbabwe, Südafrika, Botswana, Malawi, Namibia, Mosambik. Aus entlegenen Dörfern und Landstrichen, und trotzdem war der Weg, den sie zurückgelegt hatten, kürzer als der, den sie vor sich haben.

Die RWA ist Kooperationspartnerin der Rosa-Luxemburg-Stiftung. <https://ruralwomensassembly.wordpress.com/>

Cinsel Şiddetle Mücadele Derneği (Association for Struggle against Sexual Violence)

Der Kampf gegen sexuelle Gewalt in der Türkei begann 2009 mit regelmäßigen Treffen von Aktivistinnen. Eine Plattform der Vernetzung und Verständigung, somit Ermutigung, entstand. Die Frauenplattform gegen sexuelle Gewalt (CSKKP), aus der 2014 die Cinsel Şiddetle Mücadele Derneği (CSMD) hervorging, schaffte es, dass die gesellschaftlich tabuisierten Themen sexuelle Gewalt und Vergewaltigungen in die Öffentlichkeit kamen, sichtbar wurden. Das beginnt immer mit Sensibilisierung. Und Information. Forensische Berichte über sexuelle Gewalttaten, Berichte von Überlebenden, über Gerichtsprozesse und die Solidarisierung mit betroffenen Frauen ermöglichen diese Informationen und sind zugleich nur unter großen Schwierigkeiten zu beschaffen. Außerdem geht es um die Suche nach Lösungen und das Erarbeiten von Forderungen, wie der nach einem Krisenzentrum für von sexueller Gewalt betroffene Frauen. Mit der Gründung der CSMD wurde das Thema weiter gefasst, wurden alle, die sexueller Gewalt ausgesetzt waren oder sind, einbezogen – wurde aus der Initiative eine LGBTIQ-Initiative. Damit verbunden sind die Versuche, Stereotype aufzubrechen. Nicht nur

Frauen, die aber in größter Zahl, sind Opfer sexueller Gewalt. Die Initiative erklärt auf ihrer Webseite deshalb auch, warum sie „queer und feministisch“ ist.

Man sei sich sehr wohl bewusst, dass sexuelle Gewalt überall auf der Welt eine systematische Unterdrückung von Frauen darstellt. In allen Gesellschaftsschichten. Und dann sind da all jene Menschen, „die nicht den binären Geschlechternormen entsprechen“. Ziel der Arbeit sei es, alle Formen sexueller Gewalt zu bekämpfen, ohne Hierarchien zu bilden – queer und feministisch. So soll, sagen die Initiator*innen, Solidarität entstehen. Workshops, Seminare, Schulungen, Symposien werden organisiert, Institutionen, Organisationen, Unternehmen, Universitäten für das Thema sensibilisiert, Netzwerke entstehen, ein Archiv ebenso, Bildungsmaterial, um, wie es heißt, die von Männern dominierte Wahrnehmung, Sprache und Mythen aufzubrechen. Die Cinsel Şiddetle Mücadele Derneği ist Kooperationspartnerin der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Mehr im Netz unter: cinselsiddetlemucadele.org

Anne Schindler

Angriff auf Selbstbestimmung

Weltweit finden rechte, klerikale und/oder autoritäre, neoliberale, staatliche Angriffe auf Menschen- und Sozialrechte von Frauen statt, besonders im Bereich der Reproduktion.

Kroatien ist hier keine Ausnahme. Von Ksenija Forca

Nach dem Zerfall Jugoslawiens übernahm Kroatien das Gesetz über Gesundheitsmaßnahmen zur Ausübung des Rechts auf freie Entscheidung über die Geburt von 1978, das Schwangerschaftsabbrüche regelt. Es basiert auf der Verfassung Jugoslawiens von 1974 und definiert den Schwangerschaftsabbruch als eine medizinische Intervention, die auf Wunsch einer Frau bis zur zehnten Schwangerschaftswoche durchgeführt werden kann. Abtreibungen können in Krankenhäusern mit gynäkologischer und geburtshilflicher Abteilung und in anderen medizinischen Einrichtungen durchgeführt werden. Mit dem Zerfall des Landes änderte sich das politische und wirtschaftliche Klima, die Sozialversicherungssysteme schrumpften.

Die Kommodifizierung der öffentlichen Dienstleistungen begrenzte den Zugang zu angemessenen und qualitativ hochwertigen Leistungen, insbesondere in Bezug auf die reproduktive Gesundheit von Frauen. Darüber hinaus führten wirtschaftliche Entwicklungen in den 1990er Jahren zu einer hohen Arbeitslosigkeit in Kroatien. Seit 2008 spart die Regierung an der finanziellen Infrastruktur für Bildungs-, Pflege- und Gesundheitseinrichtungen. Gleichzeitig fordert sie die Flexibilisierung der Arbeitsbedingungen und die Legalisierung atypischer Arbeitsformen. Durch verminderte Arbeitsrechte, gestiegene Arbeitslosigkeit sowie die Übertragung der Verantwortung für die Pflegetätigkeit auf Familien werden Frauen zunehmend schlechtergestellt.

So hat beispielsweise das 1993 verabschiedete Gesetz über die medizinische Versorgung die Gynäkologie in die Sekundärversorgung überführt und die Privatisierung des gynäkologischen Dienstleistungsbereichs beschleunigt. Infolgedessen sank die Zahl der von den Krankenkassen übernommenen gynäkologischen Untersuchungen. Der größte Mangel des fortschrittlichen Gesetzes von 1978 ist, dass jede medizinische Einrichtung selbst über die Kosten eines Schwangerschaftsabbruchs entscheiden kann. Heute betragen sie zwischen 132 Euro und 333 Euro und werden von den Krankenkassen nicht übernommen.

Nach der Auflösung Jugoslawiens entstand der Entwurf einer ersten kroatischen Verfassung (1990) der Kroatischen Demokratischen Union, der eine Klausel über das Recht

auf freie Entscheidung in Bezug auf die Geburt enthielt. Die katholische Kirche begann jedoch, Druck auszuüben, so dass der ursprüngliche Paragraf am Ende nicht in die Verfassung aufgenommen wurde. Daraufhin wurden zwei Gesetze (1995, 1996) erarbeitet, die das Abtreibungsrecht abschaffen oder begrenzen sollten. Dank des Widerstands feministischer Organisationen und der Tatsache, dass der Gesundheitsminister den Vorschlag der Kroatischen Partei des Rechts als im Widerspruch zu den heutigen europäischen Gesetzen und Grundsätzen der Weltgesundheitsorganisation stehend bewertete, kamen beide Vorschläge nicht in das parlamentarische Verfahren. Das Verfassungsgericht entschied 2017, dass das Gesetz über Gesundheitsmaßnahmen zur Ausübung des Rechts auf freie Entscheidung über die Geburt nicht im Widerspruch zur Verfassung Kroatiens stünde, dass die Regierung aber innerhalb von zwei Jahren ein neues Gesetz verabschieden müsse, um sicherzustellen, dass Schwangerschaftsabbrüche die Ausnahme seien.

Die Einschränkung der Abtreibungsmöglichkeiten sollte durch die Einführung einer möglichen Weigerung aus Gewissensgründen in der Reproduktionsmedizin ermöglicht werden. Dies ist seit Mitte der 1990er Jahre verbreitet und bezog sich anfangs auf die religiösen Ansichten von Individuen. Die aus dem öffentlichen Haushalt finanzierten Gesundheitseinrichtungen sollten jedoch verpflichtet sein, Schwangerschaftsabbrüche durchzuführen. Die Weigerung aus Gewissensgründen wurde im Jahr 2003 unter der Regierung der Sozialdemokraten gesetzlich geregelt.

Die Studie „Tod durch tausend Kürzungen – Auswirkungen von Sparmaßnahmen auf Frauen in Kroatien“ von Marija Čačić und Dora Levačić weist nach, dass seitdem die Zahl der Verweigerer aus Gewissensgründen unter den medizinischen und pharmazeutischen Beschäftigten in Kroatien steigt. Laut einer Untersuchung der kroatischen Beauftragten für sexuelle Gleichstellung konnten von 33 lizenzierten Abtreibungseinrichtungen im Jahr 2015 lediglich 24 Abtreibungen durchführen, während in sechs das medizini-

sche Personal sein Recht auf Weigerung aus Gewissensgründen ausübte. Dies ist für viele Frauen zum Problem geworden, insbesondere in Anbetracht der Tatsache, dass man für diese Dienste bezahlen und dass man reisen muss, um eine Klinik zu finden, in der Abtreibungen durchgeführt werden. Es bleibt ungewiss, welche Bedingungen Frauen in diesen Kliniken vorfinden, wenn man bedenkt, wie Sparmaßnahmen, dominante patriarchalische Normen und religiöse Einflüsse auf die Gesellschaft wirken. Zumal der Schwangerschaftsabbruch durch Medikamente (Pille mit der Bezeichnung RU-486) illegal ist.

Der starke Einfluss der katholischen Kirche und angebundener religiöser und rechter Fraktionen trägt zur zunehmenden Unterdrückung und Stigmatisierung von Frauen bei. Sie suchen die freie Willensbildung über den weiblichen Körper zu verhindern, verherrlichen die heteronormative Form der Familie und werfen dem fortschrittlichen und feministischen Teil der Gesellschaft die Förderung von „Gender-Ideologien“ vor. Seit vier Jahren versammeln sich religiöse Organisationen in ganz Kroatien zu „Pro-Life“-Märschen und beten vor Einrichtungen, die Abtreibungen durchführen, während Feministinnen, die öffentlich dagegen auftreten, unter dem Vorwand verhaftet werden, sie störten Recht und Ordnung. Feministische Organisationen sprechen davon, dass das Abtreibungsrecht heute auf zwei Arten eingeschränkt ist: Es gibt nicht genügend Ärzte, die die Eingriffe durchführen können, und die Kosten sind zu hoch.

Mehr noch: Die Bedingungen für die Geburt eines Kindes in Kroatien sind für viele arbeitslose Frauen, die den größten Teil ihrer eigenen und der Kindergesundheitsversorgung bezahlen müssen, schlecht. Die jugoslawische Verfassung und die damaligen Gesetze zur Gleichstellung von Frauen, einschließlich für das Recht auf freie Entscheidung über die Geburt, könnten als Vorbild für Verbesserungen dienen. Dies aber muss nach gegenwärtiger Lage erkämpft werden.

Ksenija Forca arbeitet in Belgrad für die Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Ein Schwangerschaftsabbruch kostet heute bis zu 333 Euro, die Kassen übernehmen die Kosten nicht.



Demonstration am Internationalen Frauentag, Istanbul, Türkei

NurPhoto / picture alliance

Arbeitsmigration in Israel

164 Millionen Arbeitsmigrant*innen gab es 2018 laut Schätzungen der Internationalen Arbeitsorganisation weltweit – etwa 68 Prozent davon in Ländern mit hohem Einkommen wie Israel. Hier leben und arbeiten heute schätzungsweise 203.000 Arbeitsmigrant*innen, 60.000 von ihnen in der häuslichen Pflege. Diese Arbeit wird zu 80 Prozent von Frauen übernommen. Sie kommen von den Philippinen (50 Prozent), aus Nepal (15 Prozent), Indien (10 Prozent), aus Sri Lanka und Moldawien (jeweils 10 Prozent) sowie anderen osteuropäischen Ländern.

Mit gezielter staatlicher Anwerbung ausländischer Frauen für die häusliche 24-Stunden-Pflege von Kriegsinvalid*innen begann die Arbeitsmigration in diesem Bereich. Heute kommen jährlich circa 5.000 Arbeitsmigrant*innen nach Israel, um Pflegebedürftige zu betreuen. Der zunehmende Bedarf an ausländischen Pflegekräften resultierte in einer Unzahl von Vermittlungsagenturen, die Arbeitskräfte zu horrenden Vermittlungsgebühren anwerben und ihnen ein Arbeitsvisum beschaffen. Für die Agenturen gilt: Je weiter entfernt die Herkunftsländer und je ärmer die Arbeitswilligen, desto höher der Betrag, den sie bekommen. Ein bis zwei Jahre muss eine ausländische Pflegerin durchschnittlich arbeiten, um diesen „Kredit“ zurückzahlen zu können.

Angeworbene Pfleger*innen sind verpflichtet, bei ihren Arbeitgeber*innen zu wohnen – Ausbeutung, schlechten Arbeitsbedingungen und Misshandlungen können sie hier nur schwer entfliehen, denn ihr Visum hängt von ebendiesen Arbeitgeber*innen ab. Arbeitsmigrant*innen sind qua Gesetz Zeitarbeiter*innen – endet ein Arbeitsverhältnis, müssen sie innerhalb von 60 Tagen das Land verlassen.

Das israelische Migrationsregime greift tief in das Privatleben dieser Menschen ein: Sie erhalten keine Aufenthaltserlaubnis, wenn enge Verwandte oder Partner*innen bereits in Israel leben, und werden Beziehungen zwischen Arbeitsmigrant*innen entdeckt, drohen Abschiebung und Inhaftierung.

Bis April 2011 war es Arbeitsmigrant*innen verboten, nach der Geburt ihres Kindes weiter in Israel zu leben. Kav LaOved – Worker's Hotline, eine unabhängige, gemeinnützige Nichtregierungsorganisation, die Arbeitnehmer*innen unabhängig von Geschlecht, Nationalität, Religion und rechtlichem Status unterstützt, erreichte gemeinsam mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen, dass dieses Verbot im April 2011 vom Obersten Gericht gekippt wurde.

Kav LaOved hilft vor allem den am meisten benachteiligten Arbeitnehmer*innen, unter ihnen Arbeitsmigrant*innen. Die 1991 gegründete Organisation setzt sich für die Wahrung von Arbeitnehmer*innenrechten und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen ein. Auch die rechtliche Unterstützung stellt ein wichtiges Arbeitsfeld der Organisation dar. Kav LaOved betreut jährlich über 35.000 Arbeitnehmer*innen, bietet ein breites Bildungsprogramm und kämpft für Gesetzesänderungen.

Auch für Arbeitsmigrant*innen hat die Organisation Verbesserungen erreicht: unter anderem den Abschluss bilateraler Abkommen, um den Prozess der Anwerbung nicht ausschließlich privaten Agenturen zu überlassen, und die bessere Kontrolle der Arbeitgeber*innen durch Behörden.

Kav LaOved ist ein Kooperationspartner der Rosa-Luxemburg-Stiftung. www.kavlaoved.org

Anne Schindler

An einer Weggabelung

Ein antikapitalistischer Feminismus ist heute denkbar geworden. Von Kathrin Gerlof

Seit der Finanzkrise, die 2007 begann und die ganze Welt betraf, hat die Care-Debatte an Dynamik und Zuspitzung gewonnen. Rückbau sozialstaatlicher Stabilisierungsmechanismen, Wiederbelebung alter Rollenmodelle und damit einhergehende Verlagerung von Verantwortung in allen Bereichen der Sorge, Für- und Vorsorge, Einschränkung von Freiheitsrechten für Frauen, neue Formen der Arbeitsmigration, bei der Care-Arbeiterinnen wie in einem Kettenbrief von den ärmsten in die weniger armen, in die fast reichen und dann reichen Länder wandern – all das und tatsächlich viel mehr führt dazu, dass Kämpfe der Frauenbewegungen sich mit der Ungleichverteilung von Arbeit, Lohn, Sorgetätigkeit beschäftigen. Dabei gerät viel in Bewegung und manches durcheinander.

Es geht um Arbeit, die üblicherweise Frauen zugewiesen wird und die weder in herrschende ökonomische Diskussionen Eingang findet noch einen Zuwachs an gesellschaftlicher Anerkennung zu verzeichnen hat. Wo bei hier die Widersprüche beginnen, denn gerade in entwickelten Industrieländern sind Lohnzuwächse in den Bereichen Gesundheit/Pflege, Erziehung zu verzeichnen. Während gleichzeitig eine Abwälzung der nicht niederen, aber schlecht bezahlten Tätigkeiten auf migrantische Arbeiter*innen stattfindet, viele Dienstleistungsbereiche abgekoppelt sind von Lohnsteigerungen und Mindestlohnvorgaben. Anderswo sind Frauen in besonderem und ganz anderem Ausmaß von kapitalistischen Entwicklungen betroffen, die ihnen Sklavenarbeit aufzwingen, sie ihres Bodens berauben, mit dessen Hilfe sie Ernährungssouveränität erlangen könnten, ihnen abverlangen, ihre Kinder in Fabriken zu schicken, statt ihnen Bildung zukommen zu lassen, und gewaltige Lohnunterschiede hinzunehmen.

Die Diskussionen – ernsthaft geführt – sind kompliziert, denn auch hier gilt: Was den Frauen beispielsweise in Westeuropa Problem ist und im besten Fall zur Forderung gerät, betrifft die migrantische Arbeiterin in den Gewächshäusern Süspaniens nicht, die sich von rassistischer und sexueller Gewalt betrof-

fen sieht und der keine Organisation zur Seite steht, dies zu ändern, bzw. deren Widerstand im Zweifelsfall gewalttätig bestraft wird.

Die Diskussion, das ist gut, geht in die Tiefe. Denn es sind, wie beispielsweise die marxistische Feministin Frigga Haug feststellt, sehr grundlegende Fragen, die geklärt werden müssen: „Obwohl es dem Kapital gleich sein musste, ob die mit Profit auszubeutenden Arbeitskräfte männlich oder weiblich waren, zieht sich durch diese Ausbeutungsgeschichte hartnäckig zusätzlich Frauenunterdrückung.“ Die Ermöglichung kapitalistischer Akkumulation, die sich Ergebnisse anderer Produktionsweisen einverleibt, sie kolonisiert, darüber wird debattiert. Die Wurzeln der Frauenun-



Rochelle Brown / unsplash

terdrückung sind jedoch viel älter als der Kapitalismus und trotzdem ist die Klassenfrage nicht nur nicht außer Acht zu lassen, sie ist wesentlich.

Wollen sich Feministinnen weltweit darüber verständigen, was in den sich daraus ergebenden Problemen und Kämpfen das Gemeinsame sein kann und soll – und der feministische Streik ist sehr wohl eine Form des Widerstands, die aus einem solchen mühevollen Verständigungsprozess entstanden ist –, dann stehen sie in der Pflicht, die Unschärfen zu benennen: in den Begrifflichkeiten und den Zuweisungen.

Wenn der Care-Bereich alles umfassen soll, die unbezahlte Haus- und Sorgearbeit ebenso wie die schlecht bezahlte Arbeit in einem Pflegeheim, dann genügt es nicht mehr, an der einen Stelle für eine Veränderung des Rollenverhaltens und an der anderen Stelle für Angleichung der trotzdem nicht ausreichend hohen Löhne zu kämpfen.

Insofern befinden sich Frauen weltweit auch in der Care-Debatte, wie sie verkürzt, aber auch gut verständlich genannt wird, an einer Weggabelung, wie sie Cinzia Arruzza, Tithi Bhattacharya und Nancy Fraser in ihrem Manifest „Feminismus für die 99 Prozent“ zeichnen. Zumal eine nicht neue, aber sich immer stärker Bahn brechende Form der Sorge- und Fürsorgearbeit an Kraft und Ausstrahlung gewinnt, indem sich Frauen für einen ökologischen, einen radikalökologischen Wandel einsetzen.

„Ein antikapitalistischer Feminismus ist heute denkbar geworden“, heißt es in dem Manifest. Beflügelt auch durch die feministische Streikbewegung, die stärker wird und weltumspannender. Hier geht es auch um entgrenzte und prekäre Lohnarbeit, um die ökonomische Bedeutung der Care-Arbeit, um die Neu-Deutung des Arbeitsbegriffs. Die Reproduktionsarbeiten im umfassenden Sinn machen ein Vielfaches des Gesamtvolumens der Erwerbsarbeit aus. Und den Feministinnen kann es nicht darum gehen, diesen lebenserhaltenden Teil des Tuns einzuverleiben in Ausbeutungsverhältnisse. Tut es auch nicht.

das Hauptthema des Zusammenschlusses. „Neue Modelle von Sorge-Beziehungen“ sind das Ziel, „und eine Care-Ökonomie, die nicht Profitmaximierung, sondern die Bedürfnisse der Menschen ins Zentrum stellt, und die Sorgearbeiten und Care-Ressourcen nicht nach rassistischen, geschlechtlichen oder klassenbezogenen Strukturierungen verteilt.“

Kathrin Gerlof

Care Revolution

Im Netzwerk Care Revolution – im Netz: care-revolution.org – sind mehr als 80 Gruppen und Personen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz organisiert. Soziale Reproduktion – Hausarbeit, Gesundheit, Pflege, Assistenz, Erziehung, Bildung, Wohnen und Sexarbeit – und der Kampf gegen Lücken in der öffentlichen Daseinsvorsorge, die zu Überforderung und Zeitmangel führen, sind



Demonstrierende beim Women's March in San Francisco, USA

Alamy Stock Photo

Es geht hier nicht um Romantik

Auch in den Kämpfen um Ernährungssouveränität spielt Geschlechtergerechtigkeit eine tragende Rolle. Von Hannah Hoffmann

Augenfällig ist, dass queerfeministische Bewegungen vor allem mit den Metropolen der Welt verbunden scheinen. Wendet sich der Blick in ländliche Regionen, treten Genderfragen schnell in den Hintergrund oder werden abgelöst durch Normative, bei denen Frau und Natürlichkeit als Konstruktion dafür herhalten müssen, dass binäre Geschlechtervorstellungen verstetigt bleiben. Mehr noch werden das Land, der Acker, die Kämpfe um/für Ernährungssouveränität zu wenig als Frage nach gesellschaftlichen Naturverhältnissen behandelt. Dabei sind Geschlechtergerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit und ökonomischer Wandel keine voneinander getrennt zu betrachtenden Angelegenheiten. Sie werden aber zu wenig gemeinsam gedacht.

Die Grundfrage ist, wie ein Ernährungssystem aussehen muss, das im Einklang mit menschlichen und ökologischen Bedürfnissen steht. Und ob ein nachhaltiges Ernährungssystem denkbar ist, ohne die vergeschlechtlichte Arbeits- und Eigentumsteilung komplett in Frage zu stellen. „Nein“ müsste die Antwort auf die zweite Frage lauten. Frage eins ist in Arbeit.

2007 wurde die Nyéléni-Erklärung verabschiedet, mit der Menschen aus mehr als 80 Ländern eine weltweite Bewegung für Ernährungssouveränität begründeten. Die internationale bäuerliche Bewegung La Via Campesina entstand. Dies war zugleich auch der

Beginn einer Debatte über die Rechte von LGBT(IQ*)-Menschen, über die Kluft zwischen Anspruch und Realität, über Anerkennung und Irrtümer im Hinblick auf ein vermeintliches Randthema, das sich erledigt haben soll, ist erst einmal der große Wandel gelungen, weil kollektive Rechte, das Recht auf Land, das Recht auf Saatgut eine weltweite Agrarwende ermöglichen. Und dann, wenn wir das alles haben, so die weit verbreitete These, gibt es auch keine Geschlechtergerechtigkeit mehr, sind die queerfeministischen Kämpfe sozusagen mitgekämpft.

Zehn Jahre nach der Nyéléni-Erklärung untersuchten Paula Gioia und Sophie von Redecker in der Zeitschrift „LuXemburg“, wie die Landwirtschaft, der ländliche Raum und die Praxis auf dem Acker „nach wie vor durch stereotype Gendervorstellungen diskursiviert und überlagert werden, und dass dieses hegemoniale und vereinheitlichende Bild weder allen Lebensrealitäten auf dem Land, noch dem subversiven Charakter der Bewegung gerecht wird“. Das ist kein Problem der ärmeren und armen Länder, in Deutschland reproduzieren sich diese Stereotype genauso fein wie anderswo. Männer fahren den Traktor, Frauen machen Gemüse. Und auch die feministischen Bewegungen sind nicht frei davon, solche binären Geschlechtsmodelle zu verstetigen, zum Beispiel durch Zuschreibun-

gen, wer noch am ehesten lebensbewahrende und nachhaltige Bewirtschaftung des Planeten verkörpert, gerade so, als könne dies unabhängig von ökonomischen Verhältnissen und über Jahrtausende gewachsenen Einteilungen und Zuschreibungen betrachtet werden. Dass Frauen die Familie versorgen und in weiten Teilen der Welt landwirtschaftliche Subsistenzwirtschaft aufrechterhalten, ist richtig und zugleich eine Engführung. Sie sind auf diesen Platz verwiesen und müssen ihn unter immer prekäreren Bedingungen ausfüllen. „Nur wenn Fragen der Fürsorge, der Care-Arbeit und des gemeinschaftlichen Lebens vergemeinschaftet werden, nur wenn heteronormative und geschlechtsspezifische Ausbeutung ein Ende findet, können Gendervielfalt und queere Lebensmodelle frei entfaltet werden“, so Gioia und Redecker.

Eine feministische Internationale kann nicht weiterkommen, ohne ihren Blick von den Metropolen in die ländlichen Regionen der Welt zu erweitern. Und die Bedingungen dafür sind gar nicht so schlecht, denn überall auf der Welt gibt es Bestrebungen und Kämpfe, in die Solidarische Ökonomie, die den Prinzipien der Selbstbestimmung und Kooperation folgt, ökofeministische Ansätze zu integrieren. Nicht als Appendix, stattdessen als notwendige Voraussetzung für eine Agrarwende.

Brasiliens Frauen sind die Säulen der Gesellschaft

Gespräch mit der brasilianischen Krimiautorin Patrícia Melo über Machismus, Frauenstärke und finstere politische Zeiten



Patrícia Melo, 1962 in São Paulo geboren, zählt zu Brasiliens stärksten weiblichen Stimmen der Gegenwart, das „Times Magazine“ erhob sie zu einer der führenden Schriftstellerinnen des Millenniums in Lateinamerika. In ihren bisher zehn veröffentlichten Romanen verarbeitet Melo die Wunden ihrer Gesellschaft, die von Armut, Rassismus, Frauenfeindlichkeit und täglicher Gewalt geprägt ist. Das Gespräch führte Ute Evers. Dolmetscher: Michael Kegl

Patrícia Melo **Der Nachbar** Kriminalroman, übers. v. Barbara Mesquita, Tropen Verlag 2018, 159 S.

Frau Melo, wie werden Sie in der brasilianischen Literaturkritik wahrgenommen?

Es gibt Vorurteile gegen die Kriminalliteratur, die als minderwertiges Genre angesehen wird, vor allem, wenn sie von Frauen geschrieben wird. Die Kriminalliteratur in Brasilien ist ein relativ neues Genre, was damit zu tun hat, dass sie aus dem urbanen Kontext stammt. Der urbane Kontext ist, historisch gesehen, auch relativ neu, eine Nische, die nach und nach wächst. Rubem Fonseca war ohne Zweifel der große Vorreiter der brasilianischen Kriminalliteratur, der mit der regionalen Literatur gebrochen und den urbanen Menschen, ihren Problemen und den Ungerechtigkeiten in der Literatur einen Platz eingeräumt hat. Meine Arbeit als Schriftstellerin wird von der weitgehend männlichen Literaturkritik in meinem Land dominiert. Es ist eine machistische Literaturkritik.

Wie äußert sich das?

Der Machismus zeigt sich eigentlich in einem noch größeren Kontext als nur in der Literaturkritik. Er findet sich im Verlagswesen allgemein, wo wir erst jetzt eine etwas größere Anzahl von Publikationen von Schriftstellerinnen verzeichnen können. Als ich 1994 meinen ersten Roman „Acqua Toffana“ herausbrachte, gab es einen bekannten Literaturkritiker, der zu mir sagte: „Ihr Bild passt nicht zu Ihrer Literatur.“ Er wollte damit loben. Aber was er eigentlich sagte, war, dass ich ein Mann sein müsste für das, was ich schreibe.

Trotz dieser Vorurteile zählen Sie zu den wichtigsten lateinamerikanischen Autorinnen unserer Zeit.

Seit „Acqua Toffana“ habe ich zehn Romane veröffentlicht, ich bin in 14 Sprachen übersetzt und in 30 Ländern verlegt worden, das heißt, mein literarisches Leben beschränkt sich nicht nur auf Brasilien. Das erleichtert mein Leben und hat ein gewisses Gewicht in meinem Land.

Kommen wir zu Ihrem neuesten Roman „Der Nachbar“. Der namenlose Ich-Erzähler bringt auf eine unglaublich brutale und sadistische Art und Weise seinen Nachbarn um, nur weil er sich durch jeden seiner Schritte, jede seiner Bewegungen belästigt fühlt. Wie sind Sie auf diese Geschichte gekommen?

Ich wollte meine Kritik am Verlust der Bedeutung des menschlichen Lebens äußern. In Brasilien hat das menschliche Leben keinen Wert mehr. Dort stirbt man, weil man zum falschen Zeitpunkt am falschen Standort gewesen ist. Meine Literatur ist ein Spiegel der Gesellschaft, sie hat sehr viel mit der brasilianischen Realität zu tun. Literatur ist für mich der Realität verpflichtet.

In Ihrem Roman stellen Sie die klassische Einordnung in Gut und Böse, in Täter und Opfer komplett auf den Kopf. Was steckt dahinter?

Es geht mehr um die Rechtfertigung des Mörders als um eine Einordnung. Wie legitimiert er seinen Mord in seiner Wahrnehmung? Wir leben in einer Realität, in der wir 63.000 Morde pro Jahr zu verzeichnen haben. Das wird mit der Erklärung abgetan, dass wir nun mal ein gewalttätiges, brutales Land sind. Ja, auch um die Banalisierung von Gewalt geht es. Der Protagonist toleriert sein eigenes Verbrechen in dem Maße, wie die Gesellschaft in Brasilien es einfach toleriert, dass sie gewalttätig und brutal ist.

Ist der namenlose, aus der weißen Mittelschicht stammende Ich-Erzähler Opfer seiner selbst oder Opfer des Systems? Wofür steht der Mörder, der sich selbst nicht als solchen sieht?

Es gibt in Brasilien zurzeit eine fast fetischistische Wahrnehmung dessen, was „mein Recht“ ist, was dazu führt, dass die anderen um mich herum nicht zählen. Sie sind sozusagen nur ein Störfaktor für das, worauf ich glaube, ein Recht zu haben. Wird dieses Recht nicht erlangt, fühlt man sich schnell in der vermeintlichen Opferrolle. Diese Intoleranz ist gesellschaftlich gesehen so groß, dass sie tatsächlich Kriminalität fördert.

Was meinen Sie damit?

Nun, nach der Wahl von Jair Bolsonaro in Brasilien hat man eine große Zunahme von Gewalt gegen Schwule auf der Straße gesehen. Die Leute werden offen angegriffen und es gibt einen offenen homophoben Diskurs, der diese Dinge erleichtert, der sie katalysiert. Seine unzweifelhaften Hassreden führen nur allzu leicht zu körperlicher Gewalt. In Brasilien ist die Demokratie in Gefahr. Die neue Regierung ist, um es milde auszudrücken, jämmerlich.

Die Gewalt in Brasilien ist aber leider kein neues soziales Problem.

Nur scheint mit der Wahl von Bolsonaro nun alles erlaubt zu sein. Der Konservatismus, der in Brasilien irgendwie im Schrank versteckt war, darf jetzt endlich raus. Die Wahl von Bolsonaro hat das sozusagen autorisiert, man darf jetzt einen rassistischen, homophoben, frauenfeindlichen und vorurteilvollen Diskurs führen.

Stichwort Frauenfeindlichkeit: Ein Jahr ist es nun her, dass die linke Politikerin Marielle Franco (PSOL) und ihr Fahrer ermordet wurden.

Ja, und die Regierung ist uns immer noch einige Antworten im Fall von Marielle schuldig. Uns ist



Kundgebung am Frauentag in Montevideo, Uruguay

Lucia Marti / Alamy Stock Photo

klar, dass wir einen Präsidenten haben, der erklärtermaßen einen frauen- bzw. menschenfeindlichen Diskurs führt, dass es einen Sohn des Präsidenten gibt, Senator Flávio Bolsonaro, der die Mutter und die Ehefrau eines in den Mord an Marielle Franco involvierten Auftragskillers beschäftigt hat oder immer noch beschäftigt. Das sind Dinge, die neu sind, aber in einem alten Kontext, einem Kontext der patriarchalischen, machistischen Gesellschaft, der da ist und dabei auch einer Realität der Frauen in vieler Hinsicht widerspricht.

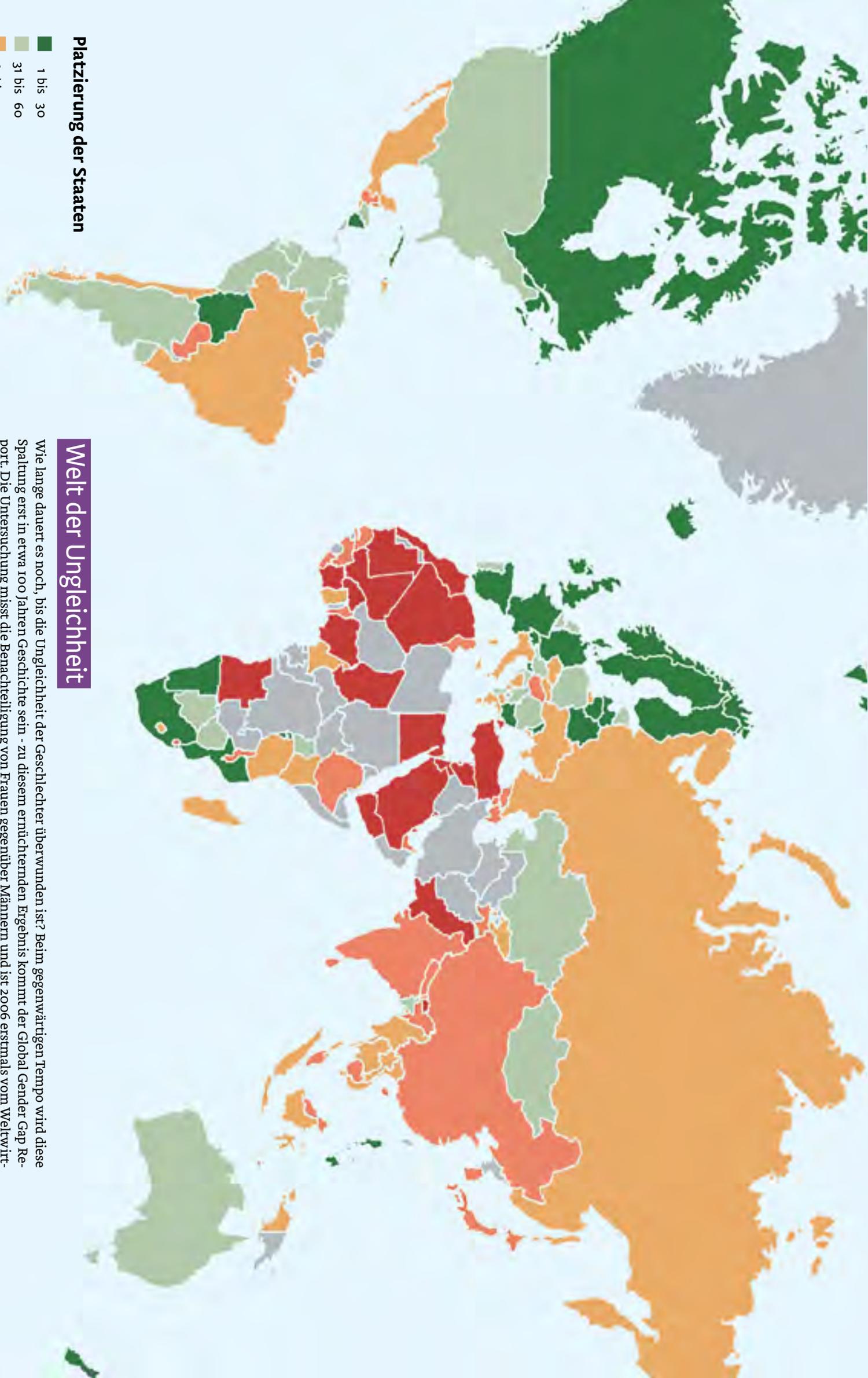
Von welcher Realität sprechen Sie?

Nun, die Frauen sind in der brasilianischen Gesellschaft meist die strukturierenden Figuren in der Familie, sie erhalten sie durch ihre Arbeit. Sie sind Vater und Mutter gleichzeitig. Sie arbeiten sehr hart. Sie sind in der Wirtschaft sichtbar, aber dauerlicherweise verdienen sie immer noch weniger als Männer. Ja, wir leben tatsächlich in einer ziemlich schizophrenen Situation, denn

obwohl die Frauen die Protagonisten des wirklichen Lebens, des Familienlebens, des wirtschaftlichen Lebens sind, sind sie gleichzeitig in den Strukturen einer patriarchalischen Gesellschaft gefangen.

Finden Sie, dass in den letzten Jahren die Frauenbewegungen sehr stark geworden sind? Man spricht von einem „novo feminismo“.

Zum „novo feminismo“ kann ich nichts sagen. Was ich sehe, ist, dass Brasilien den fünften Platz einnimmt im Ranking von Frauenmorden. Doch die brasilianische Frau ist kämpferisch. Es gibt tatsächlich einen anhaltenden Kampf der Frauen um die Erhaltung ihrer Rechte, Kämpfe, um sich einen Raum auf dem Markt zu erobern, aber zu Konditionen der Gleichberechtigung. Machismus und Vorurteile werden abgelehnt. Ich glaube schon, dass sich die Gangart der Frauen verschärfen wird, angesichts dessen, was in den letzten Wochen und Monaten passiert ist. Widerstand ist notwendig.



Platzierung der Staaten

- 1 bis 30
- 31 bis 60
- 61 bis 90
- 91 bis 120
- 121 bis 144
- keine Daten

Welt der Ungleichheit

Wie lange dauert es noch, bis die Ungleichheit der Geschlechter überwunden ist? Beim gegenwärtigen Tempo wird diese Spaltung erst in etwa 100 Jahren Geschichte sein - zu diesem ernüchternden Ergebnis kommt der Global Gender Gap Report. Die Untersuchung misst die Benachteiligung von Frauen gegenüber Männern und ist 2006 erstmals vom Weltwirtschaftsforum vorgelegt worden. Der Index ordnet die Länder nach dem erreichten Stand der Gleichstellung in vier Bereichen: Gesundheit, Bildung, Wirtschaft und Politik. Dabei geht es unter anderem um ökonomische Chancengleichheit, Zugang zu Jobs und Bildung sowie Fragen der Gesundheit. Der Global Gender Gap Report bewertet dabei, „die Länder danach, wie gut sie Ressourcen und Chancen auf ihre männliche und weibliche Bevölkerung aufteilen, unabhängig davon, wie hoch diese Ressourcen und Chancen insgesamt sind“. Die Karte zeigt den Stand von 2017, Platz 1 nahm für diesen Zeitraum Island ein, die BRD wurde auf Rang 12 geführt, die USA auf Rang 49 und Jemen auf dem letzten Platz.